



Presseschau vom 25.05.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Elem Raznochintsky: **Wenn Kredite Schulden sind, dann ist "Ukraine-Hilfe" Versklavung**
Vielstimmig hallt es um all die Hilfe, die die Ukraine empfängt — genauso viel Lärm wird um die Enteignung russischen Eigentums im Westen gemacht. Ausgerechnet der "klassisch liberale" FDP-Finanzminister drückt gerne beim Enteignen ein Auge zu, wenn es um das Kopf-an-Kopf-Rennen mit Moskau geht. ...

<https://kurz.rt.com/2zf7> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: **Die EU und die Sanktionen. Oder: Vom Mittelstürmer zum Ersatzspieler**
Die womöglich schwerwiegendsten und am längsten anhaltenden Folgen der Sanktionen des Westens gegen Russland sind im Grunde noch gar nicht in den Blick geraten. Sie sind auch nicht zähl- oder messbar. Es ist fraglich, ob diese Schäden überhaupt repariert werden können.

...

<https://kurz.rt.com/2zgx> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **"Brückenkopf für eigene Pläne" – Chodorkowski und die US-Militärhilfe für Kiew**

Die beispiellose Summe von 40 Mrd. US-Dollar fließt von Washington nach Kiew – auszugeben für Rüstungsgüter. Mitgewirkt am Zustandekommen dieser Entscheidung haben bekannte Oligarchen, unter ihnen der gern als Philanthrop auftretende Exil-Russe Michail Chodorkowski. ...

<https://kurz.rt.com/2zg5> bzw. [hier](#)

Mirko Lehmann: **Was ist los beim ZDF – Querdenken wieder erlaubt?**

Plötzlich scheint in Sachen Corona bei einigen Mainstream-Medien Recherche stattzufinden, die diesen Titel verdient. Auch das ZDF will den Anschluss nicht verpassen. Ob diese Entwicklung journalistische Gründe hat, ist die Frage. Und ebenso, ob diese aktuelle Tendenz glaubwürdig ist. ...

<https://kurz.rt.com/2zdo> bzw. [hier](#)

Maria Müller: **Gegen die russische Schwarzmeerflotte: NATO-Staaten wollen der Ukraine Antischiffsraketen liefern**

NATO-Staaten wollen Kiew moderne Schiffsabwehrraketen liefern. Auch wenn aus Kiew und Washington widersprüchliche Aussagen kommen, scheint das Ziel eindeutig: Es geht um die Versenkung der Schiffe der russischen Schwarzmeerflotte. ...

<https://kurz.rt.com/2zhn> bzw. [hier](#)

Daniil Bessonow: **Signale aus der ukrainischen Armee: Trotz massiver Hilfen vom Westen in Panik und Zerfall begriffen**

Es ist nicht lange her, dass die Faschisten des "Asow"-Regiments, die im Mariupoler Stahlwerk eingeschlossen waren, kapitulierten. Wie von einigen Autoren vorausgesagt, scheint dies den Zerfall der ukrainischen Streitkräfte eingeleitet zu haben. ...

<https://kurz.rt.com/2ziw> bzw. [hier](#)

Wladislaw Sankin: **"Ukraine-Krieg ist Ergebnis der US-Strategie" – Prominent besetzter Friedenskongress tagt in Berlin**

Schon im Vorfeld gab es gegen die Veranstaltung scharfe Kritik und Diffamierungsversuche. Doch der Kongress "Ohne NATO leben – Ideen zum Frieden" fand wie geplant in den Räumen der Humboldt-Universität statt. Unter den Teilnehmern waren prominente Intellektuelle, Friedensaktivisten und Linkspolitiker. ...

<https://kurz.rt.com/2zes> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:00 de.rt.com: **DVR-Chef Puschilin: Charta für Neonazi-Tribunal in Vorbereitung**

Es ist wichtig, dass das internationale Tribunal für die Kämpfer aus dem Asow-Stahlwerk so transparent und öffentlich wie möglich sein sollte. Dies hat der Leiter der Donezker Volksrepublik, Denis Puschilin, am Dienstag erklärt. Er sagte:

"Unsere Hauptaufgabe ist es, dass das Tribunal mit größtmöglicher Öffentlichkeit abgehalten wird und so transparent wie möglich ist. Es ist sehr wichtig, dass möglichst viele Menschen von den Verbrechen der Neonazis wissen, die nicht hinnehmbar sind."

Puschilin erklärte ferner, dass das Statut des Tribunals derzeit in enger Abstimmung mit den russischen Dienststellen ausgearbeitet werde. Er sagte:

"Die Charta des Tribunals wird derzeit von den Profilbehörden, einschließlich der Generalstaatsanwaltschaft der DVR, mit Unterstützung der entsprechenden Profilbehörden der Russischen Föderation ausgearbeitet."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628d1a75b480cc6019433af5.jpg>

20:02 de.rt.com: **"Verordnungsermächtigung" – Habeck will im Notfall Gaskraftwerke durch Kohlekraftwerke ersetzen**

Die Grünen werfen ihre Klimaziele für transatlantische Interessen immer stärker über den Haufen: Nun sollen deutsche Kohlekraftwerke bis 2024 reaktiviert werden – damit man unabhängig von russischem Gas wird. Für den Verbraucher wird es so oder so teurer.

Das Bundeswirtschaftsministerium will laut dem Handelsblatt mit der möglichen Abschaltung von Gaskraftwerken infolge der antirussischen Sanktionen auf Engpässe in der Gasversorgung reagieren. Am Dienstag hat das Ministerium von Minister Robert Habeck (Grüne) ein entsprechendes Gesetz vorgelegt.

Das neue Regelwerk ist für den Fall einer "drohenden Gasmangellage" konzipiert. Dazu zählt eine sogenannte staatliche "Verordnungsermächtigung", die in die Privatwirtschaft eingreifen kann und mit der der Einsatz von Gaskraftwerken für die Dauer von bis zu einem halben Jahr mit einem sogenannten "Malus" bestraft wird.

Diese Strafzahlung hat zur Folge, "dass Gaskraftwerke im Regelfall nicht mehr wirtschaftlich sind und deshalb nicht mehr betrieben werden", hieß es von der "Ampel"-Koalition. Wie hoch diese sein soll, war am Dienstag noch unklar.

Mit diesem Vorgehen sollen die Gasvorräte geschont werden. Dahinter stehe die Befürchtung, dass Russland die Belieferung mit Erdgas einschränken oder ganz einstellen könnte.

Der Anteil der Gaskraftwerke an der Stromerzeugung betrug im vergangenen Jahr rund 15 Prozent. Um die Stromversorgung auch ohne Gaskraftwerke sicherstellen zu können, setzt das Bundeswirtschaftsministerium auf Kohle- und Ölkraftwerke. Bestehende Reservekapazitäten sollen ergänzt oder verlängert werden. Betroffen sind die Netzreserve und die Sicherheitsbereitschaft.

Bei der Sicherheitsbereitschaft handelt es sich um Braunkohlekraftwerke, die als "letzte Reserve" für den Fall vorgehalten werden, dass die Stromproduktion nicht ausreicht, um den Verbrauch zu decken. Allerdings stehen die Kraftwerke nach geltendem Recht nur für jeweils vier Jahre zur Verfügung. Der erste der insgesamt acht Braunkohlekraftwerksblöcke der Sicherheitsbereitschaft ging im Oktober 2016 für vier Jahre ans Netz und ist damit bereits wieder aus der Sicherheitsbereitschaft ausgeschieden.

Momentan würden Braunkohlekraftwerke mit einer Leistung von 1,9 Gigawatt (GW) in der Sicherheitsbereitschaft zur Verfügung stehen. Die letzten beiden der acht Blöcke – Neurath von RWE und Jänschwalde von LEAG – gingen am 1. Oktober 2019 in die Sicherheitsbereitschaft und würden damit planmäßig am 1. Oktober 2023 vom Netz gehen.

Mit Ende der Sicherheitsbereitschaft sollen die Kraftwerke nun in eine neue "Versorgungsreserve" gebracht werden. Diese soll bis zum 31. März 2024 befristet werden. Daneben werden Steinkohlekraftwerke, die nach dem Kohleausstiegsgesetz eigentlich zum 31. Oktober 2022 oder im Jahr 2023 hätten stillgelegt werden sollen, in Bereitschaft gehalten. Erst ab dem Frühjahr 2024 wird nach Einschätzung aus Regierungskreisen davon ausgegangen, dass sich die Gasversorgungslage normalisiert haben wird – bis dahin sollen zusätzlich auch Flüssiggasterminals mit preisintensivem LNG aus den USA oder Katar an der Nordseeküste entstehen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628ce476b480cc6019433aaf.jpg>

20:25 de.rt.com: **LVR: Strafverfahren gegen OSZE-Mitarbeiter wegen Hochverrats eröffnet**

Das Ministerium für Staatssicherheit der LVR hat die Eröffnung eines Strafverfahrens gegen einen Mitarbeiter der OSZE-Sonderbeobachtungsmission in Lugansk gemeldet. Nach Angaben der Behörde soll er Daten über die Einheiten der Volksmiliz der Republik für US-Geheimdienste gesammelt haben.

Bei der betreffenden Person handele es sich um einen Einwohner von Lugansk, der bei der OSZE-Mission als Dolmetscher tätig gewesen ist. Laut dem Bericht des Ministeriums soll der stellvertretende Leiter der Mission, der US-Bürger George Lewitski, zu dem Mitarbeiter eine "vertrauliche Beziehung" aufgebaut haben, der ihm im Gegenzug Staatsgeheimnisse offenbart haben soll. Der OSZE-Vertreter wird sich nun wegen Verdachts auf Hochverrat verantworten müssen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628d1a7fb480cc55a9632f2e.jpg>

21:15 de.rt.com: **Ukraine räumt Möglichkeit des Austauschs des zu lebenslanger Haft verurteilten russischen Soldaten ein**

Die ukrainische Generalstaatsanwältin Irina Wenediktowa hat gesagt, dass der Austausch des zu lebenslanger Haft verurteilten russischen Militärangehörigen Wadim Schischimarin technisch möglich ist. Sie erklärte:

"Wir können verschiedene Szenarien für die Entwicklung der Ereignisse haben. Ich habe gesagt, dass er nach einem Gerichtsurteil als Person ausgetauscht werden könnte, technisch ist das möglich. Ich möchte mich nicht auf die Austauschprozesse einlassen, das ist bereits Politik und Diplomatie."

Am Montag verurteilte ein Gericht in der Ukraine Schischimarin wegen angeblichen Verstoßes gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges zu lebenslanger Haft. Seine Verteidigung will gegen die Entscheidung Berufung einlegen.

Zuvor hatte der russische Prästensprecher Dmitri Peskow auf die Frage, ob es irgendeine Reaktion auf die bevorstehende Verurteilung des russischen Militärangehörigen in Kiew gebe, erklärt, dass Russland nicht die Möglichkeit habe, ihn in der Ukraine vor Ort zu verteidigen, dass aber über andere Kanäle Maßnahmen ergriffen würden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628d2849b480cc5cc702f328.jpg>

21:20 de.rt.com: **Russische und chinesische Kampfflugzeuge absolvieren gemeinsamen Patrouillenflug**

Am 24. Mai haben russische und chinesische Kampfflugzeuge gemeinsam im asiatisch-pazifischen Raum patrouilliert. Der Patrouillenflug erfolgte über dem Japanischen und dem Ostchinesischen Meer. Die südkoreanische und die japanische Luftwaffe beobachteten das Manöver.

Russlands Verteidigungsministerium hat am Dienstag von einem gemeinsamen russisch-chinesischen Flugmanöver im asiatisch-pazifischen Raum berichtet. Dabei handelte es sich um einen Patrouillenflug über dem Japanischen und dem Ostchinesischen Meer. Daran waren

russische Langstreckenbomber vom Typ Tu-95MS und chinesische Bomber vom Typ Xian H-6 beteiligt. Sie wurden unter anderem von russischen Su-30SM-Kampfflugzeugen unterstützt. Insgesamt waren die russischen Bomber ungefähr 13 Stunden in der Luft.

Nach Angaben der Militärbehörde in Moskau fand der [Patrouillenflug](#) im Rahmen der militärischen Kooperation zwischen Russland und China für das Jahr 2022 statt und war gegen keine Drittstaaten gerichtet. Die Flugzeuge hätten keine ausländischen Lufträume verletzt. Auf einzelnen Etappen seien die russischen und chinesischen Bomber von südkoreanischen F-2-Kampfflugzeugen und japanischen F-15-Kampfflugzeugen begleitet worden.

Der Generalstab in Seoul [bestätigte](#) am Dienstag, dass sich mehrere russische und chinesische Kampfflugzeuge ohne Benachrichtigung in der südkoreanischen Luftverteidigungszone (ADIZ) eingefunden hätten. Demnach seien zunächst zwei chinesische Xian-H-6-Bomber um 7:56 Uhr Ortszeit 126 Kilometer nordwestlich des Socotra-Felses in der südkoreanischen ADIZ entdeckt worden. Sie hätten die Zone um 9:33 Uhr Ortszeit in Richtung des Japanischen Meers verlassen. Um 9:58 Uhr Ortszeit hätten sich die beiden chinesischen Bomber zusammen mit vier russischen Kampfflugzeugen, darunter zwei Tu-95-Bombern, erneut in der südkoreanischen ADIZ eingefunden und sie um 10:15 Uhr wieder verlassen. Die einheimische Luftwaffe sei daher gezwungen gewesen, ebenfalls Kampfflugzeuge in die Zone zu schicken. Der südkoreanische Luftraum sei allerdings nicht verletzt worden.

Das Kürzel ADIZ steht eigentlich für den englischen Begriff Air Defense Identification Zone. Darunter versteht man eine Luftraumüberwachungszone, in der sich Flugzeuge identifizieren und regelmäßig ihre Koordinaten bekannt geben müssen. Eine ADIZ liegt außerhalb des Luftraums über den Hoheitsgewässern eines Staates und dient als Pufferzone, um frühzeitig ein Eindringen fremder Flugzeuge zu erkennen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628ce725b480cc16a971342d.jpg>

22:05 de.rt.com: **Russland öffnet am 25. Mai einen Korridor zum Schwarzen Meer, damit Schiffe den Hafen von Mariupol verlassen können**

Die russischen Streitkräfte werden am 25. Mai ab 08:00 Uhr Moskauer Zeit einen humanitären Korridor in Richtung Schwarzes Meer für die sichere Ausfahrt von ausländischen Schiffen aus dem Hafen von Mariupol öffnen. Dies hat Generaloberst Michail Misinzew, Leiter des russischen Nationalen Verteidigungsmanagementzentrums, am Dienstag gesagt. Er erklärte:

"Ein humanitärer Korridor von 115 Meilen Länge und zwei Meilen Breite in Richtung Schwarzes Meer wird für die sichere Ausfahrt ausländischer Schiffe aus dem Hafen von Mariupol am 25. Mai ab 08:00 Uhr Moskauer Zeit eingerichtet."

Michail Misinzew stellte fest, dass die russische Marine als Ergebnis der durchgeführten Maßnahmen die Minengefahr in den Gewässern des Hafens von Mariupol beseitigt habe und

Maßnahmen zur Wiederherstellung der Hafeninfrastruktur ergriffen hätte.

Er betonte aber, dass 70 ausländische Schiffe aus 16 Ländern in sechs ukrainischen Häfen blockiert blieben. Dazu sagte er:

"In sechs Häfen (Cherson, Nikolajew, Tschernomorsk, Otschakow, Odessa und Juschny) bleiben 70 ausländische Schiffe aus 16 Staaten blockiert. Die Bedrohung durch Beschuss und die hohe Minengefahr, die vom offiziellen Kiew ausgeht, hindert die Schiffe daran, frei auf das offene Meer hinauszufahren."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628d34b748fbef4e34344b08.jpg>

22:32 de.rt.com: **EU-Spitzenpolitiker erklären, warum baldiger EU-Beitritt der Ukraine unwahrscheinlich ist**

Der ukrainische Traum von einem EU-Beitritt könnte noch lange Jahre ein Traum bleiben. Kiew dabei den Vorrang zu geben, wäre außerdem unfair gegenüber anderen Kandidaten, die schon viel länger in der Warteschlange stehen, glauben führende Politiker des Staatenbundes. Die Chancen der Ukraine, der Europäischen Union in absehbarer Zukunft beizutreten oder zumindest den Status eines EU-Beitrittskandidaten zu erhalten, stehen nicht gut, da sich zu viele Mitgliedstaaten gegen diese Idee sträubten. Diese Auffassung brachte der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte am Montag in seiner Rede vor dem Parlament zum Ausdruck.

Der Regierungschef wies darauf hin, dass die Ukraine immer noch den Status eines potenziellen Kandidaten erhalten könne. Es sei die Aufgabe Brüssels, die Ukraine über jene Schritte und Reformen zu informieren, die sie unternehmen müsse, um ein vollwertiger Anwärter auf die Mitgliedschaft zu werden. Das gleiche Verfahren gelte zurzeit auch für Bosnien und Herzegowina, so Rutte.

Die Bereitstellung eines EU-Kandidatenstatus für Kiew sollte sicherstellen, dass die ukrainischen Behörden "nicht demotiviert werden". Dennoch räumte der Ministerpräsident ein, dass das Land noch "sehr weit davon entfernt" sei, ein EU-Beitrittskandidat zu werden, wie beispielsweise die Republik Moldau. Er wies jedoch darauf hin, dass seiner Meinung nach alle Länder des europäischen Kontinents letztlich das Recht hätten, der EU beizutreten, solange sie die dafür notwendigen Bedingungen erfüllten.

Mehrere niederländische Parteien im Unterhaus des Parlaments, darunter auch zwei Oppositionsfraktionen, hatten kürzlich gefordert, die Ukraine so schnell wie möglich zum EU-Beitrittskandidaten zu machen, doch Rutes regierende VVD-Fraktion zögert bislang weiterhin, Kiew diesen Status zu gewähren. Was die Zusagen anderer europäischer Staats- und Regierungschefs zur EU-Mitgliedschaft der Ukraine betrifft, so erklärte Rutte, dass deren Erklärungen eher "emotional" als "rechtsgültig" seien.

Mit seinen Schätzungen, dass Kiews EU-Ambitionen wohl nicht so schnell wie gewünscht befriedigt werden könnten, steht Rutte nicht allein. Auch Frankreichs Europa-Staatssekretär

Clément Beaune erklärte kürzlich, dass der Beitritt der Ukraine zum Block mehrere Jahrzehnte dauern könnte. Er sagte am Sonntag dem französischen Radiosender Radio J: "Wir müssen ehrlich sein. Wenn wir sagen, dass die Ukraine der EU in sechs Monaten, einem Jahr oder zwei Jahren beitreten wird, lügen wir. Das ist nicht wahr. Es handelt sich wahrscheinlich um 15 oder 20 Jahre. Es wird sehr lange dauern."

Beaune setzte sich jedoch dafür ein, die Ukraine Teil des politischen Lebens der EU werden zu lassen und sie neben anderen Nicht-Mitgliedsländern in eine sogenannte "europäische politische Gemeinschaft" als provisorischer Ersatz für eine EU-Mitgliedschaft aufzunehmen. Den Vorschlag, eine solche Gemeinschaft zu gründen, hatte zuvor der französische Präsident Emmanuel Macron unterbreitet.

Das Zögern der EU, auf den Wunsch der Ukraine nach einem schnellen EU-Beitritt vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges einzugehen, sorgt in Kiew seit Wochen für Unmut. Präsident Wladimir Selenskij kritisierte Brüssels Vorgehen wiederholt wegen mangelnder Fortschritte in den Beitrittsverhandlungen und führte diese Unentschlossenheit in der Beitrittsfrage auf den Druck Moskaus zurück.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628cfaf3b480cc5a6d01c0c5.jpg>

22:40 de.rt.com: **US-Finanzministerin Yellen: Russland wird nach dem 25. Mai keine US-Dollar-Schulden mehr bedienen dürfen**

Die USA haben nicht vor, die Lizenz, die die Bedienung der russischen Staatsschulden im Rahmen der Sanktionen erlaubt, nach dem 25. Mai zu verlängern. Die Leiterin des US-Finanzministeriums Janet Yellen gab diese Ankündigung bekannt. Sie sagte:

"Meiner Meinung nach ist es vernünftig anzunehmen, dass diese Lizenz wahrscheinlich ausläuft. Die endgültige Entscheidung ist noch nicht gefallen, aber es ist unwahrscheinlich, dass sie verlängert wird."

Selbst ein technischer Zahlungsausfall Russlands würde die Situation nicht grundlegend ändern, so Yellen, da das Land durch die Sanktionen bereits vom globalen Kapitalmarkt abgeschnitten sei.

Russland muss am 27. Mai eine Zahlung für seine Eurobonds leisten.

Im April schrieben westliche Medien, dass Moskau mit seinen Schulden in Verzug geraten könnte, weil sich ausländische Banken aufgrund der Sanktionen weigerten, einen Fremdwährungsauftrag für staatliche Eurobonds der Emissionen Russland-2022 und Russland-2042 auszuführen. Gleichzeitig erklärten sich die russischen Behörden bereit, den Investoren die erforderlichen Beträge in Rubel zu zahlen.

Das russische Finanzministerium wies darauf hin, dass alle Forderungen in dieser Situation an die Behörden der Staaten gerichtet werden sollten, die unrechtmäßig Hindernisse für Zahlungen schaffen. Die Finanzbehörde sagte auch, dass Investoren, die die Anleihen halten, in der Lage sein werden, das Geld in Bargeld umzuwandeln, sobald Russland wieder Zugang zu den eingefrorenen Konten hat.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628d3c86b480cc5ca7043a01.jpg>

3:00 (2:00) novorosinform.org: **In der DVR wurde ein operativer Stab für den Wiederaufbau der Republik eingerichtet**

Die Behörde wurde geschaffen, um die Maßnahmen staatlicher Stellen, Verwaltungen und anderer Organisationen bei der Wiederherstellung der durch Beschuss beschädigten Infrastruktur der DVR zu koordinieren, berichteten lokale Medien.

Die Behörden der DVR haben nach dem Beschuss der Streitkräfte der Ukraine einen operativen Stab für den Wiederaufbau der Republik eingerichtet, dessen Zusammensetzung und Kompetenzen bereits festgelegt wurden. Die Abteilung werde die koordinierte Arbeit staatlicher Stellen, lokaler Verwaltungen und anderer Organisationen für einen effizienteren Prozess der Wiederherstellung der Infrastruktur der DVR sicherstellen, berichtete DAN. Der Stab wird im Format persönlicher Treffen arbeiten. Entscheidungen über Reparaturen sollen durch offene Abstimmung getroffen werden.

„Zum Leiter des Stabs wurde der amtierende stellvertretende Ministerpräsident der DVR Wladimir Joshikow und zum stellvertretenden Leiter ein Vertreter der Verwaltung des Staatschefs der Republik ernannt. Dem Team werden auch Vertreter der DVR-Regierung, der Fachbehörden der DVR und Russlands sowie der Stadt- und Bezirksverwaltungen angehören.“, berichtet die Quelle.



https://www.novorosinform.org/content/images/51/16/45116_720x405.jpg

vormittags:

6:45 de.rt.com: **Die Ukraine durch Diebstahl russischen Vermögens "aus der Asche erheben" – von der Leyen in Davos**

Mit viel Beifall wurde in Davos die Rede von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bedacht. Sie konzentrierte sich auf massive Vorwürfe gegen Russland und viel Pathos; reale wirtschaftliche Probleme spielten keine Rolle.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wurde auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos pathetisch. "Wir mobilisieren unsere gesamte wirtschaftliche Macht", erklärte sie, "die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen."

Weitere zehn Milliarden Euro Finanzhilfe sollen an das Land gehen, dem von der Leyen "Hand in Hand helfen" will, "sich aus der Asche zu erheben". Dabei erwog sie auch den Diebstahl russischen Vermögens: "Wir sollten dafür jeden Stein umdrehen – wenn möglich auch russische Vermögenswerte, die wir eingefroren haben."

Russland nutze Getreide und Energie als Waffe, so ihr Vorwurf; als Beispiel für Länder, die darunter zu leiden hätten, nannte sie ausgerechnet den Libanon, in dem der Brotpreis um 70 Prozent gestiegen sei. Dass der Libanon ebenfalls das Ziel westlicher Sanktionen ist, erwähnte sie in diesem Zusammenhang nicht.

Die EU-Kommissionspräsidentin sieht auch keinen Widerspruch gegen die Pläne, den Anteil "grüner" Energiequellen bis 2030 auf 45 Prozent zu erhöhen und dadurch den Bedarf an russischen fossilen Brennstoffen weiter zu senken. Der Krieg in der Ukraine zwingt die EU dazu, die Transformation der europäischen Wirtschaft zu beschleunigen.

Nachdem bereits sowohl die Chemie- als auch die Automobilindustrie erklärt hatten, unter den durch die Sanktionen geschaffenen Bedingungen könnten sie nicht produzieren, sind nach Angaben des Handelsblatts die angekündigten Pläne der Kommission auch beim Mittelstand auf wenig Gegenliebe gestoßen. Dessen Verbände wandten sich in einem Brief an von der Leyen und forderten ein Ende der Mehrbelastungen und mehr Zeit für die erforderlichen Anpassungen. Das Lieferkettengesetz sowie die Einführung eines CO₂-Grenzausgleichsmechanismus und diverse Vorgaben für strengere Nachweispflichten sollten ihrer Ansicht nach verschoben werden.

Auch der Präsident des Verbands der europäischen Industrie- und Handelskammern (Eurochambres), Luc Frieden, erklärte, von der Leyen müsse sich "mit der Wirtschaft neu abstimmen".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628d1e3948fbef2cf956f5db.jpg>

7:15 de.rt.com: **Verwaltung des Gebiets Saporoschje schließt Rückkehr zur Ukraine aus**
Das Mitglied des Hauptrats der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets Saporoschje Wladimir Rogow hat erklärt, dass eine Rückkehr der Region zur Ukraine ausgeschlossen sei. Der Nachrichtenagentur RIA Nowosti zufolge sagte er wörtlich:

"Das Gebiet Saporoschje ist historisch russisches Territorium. Eine Rückkehr der Region unter die Kontrolle des Kiewer Regimes, was auch immer sie sagen, ist ausgeschlossen, ebenso wie Verhandlungen mit ihnen."

Nach Rogows Ansicht sei die Kiewer Regierung in ihren Entscheidungen nicht selbständig, sondern werde von ausländischen Kuratoren geleitet.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628dbc3db480cc34f67c94f2.jpg>

9:26 (8:26) novorosinform.org: **Die ukrainische Verteidigung bröckelt – Miroschnik**

Der Botschafter der LVR in Russland berichtete, dass die alliierten Streitkräfte die Verteidigung der Streitkräfte der Ukraine am Swetlodarsker Bogen durchbrochen hätten. Nach dem Einbruch in den Swetlodarsker Bogen und der Übernahme einer Reihe von Siedlungen durch die Truppen der LDVR und der Russischen Föderation bröckelte die Verteidigung der ukrainischen Formationen, schrieb Rodion Miroschnik, LVR-Botschafter in Russland, in seinem Telegram-Kanal.

Er erklärte, dass ein Teil der strategischen Route Lisitschansk - Artjomowsk bereits unter der vollständigen Feuerkontrolle der alliierten Streitkräfte stehe. Die Rotation von Personal, die Lieferung von Munition sowie die Versorgung von Sewerodonezk und Lisitschansk sei praktisch unmöglich. Gleichzeitig seien Provokationen ukrainischer Kämpfer gegen Zivilisten unvermeidlich, stellte Miroschnik fest.

Er fügte hinzu, dass die ukrainischen Streitkräfte am Vortag eine Werkstatt auf dem Gelände von Sewerodonezk-Azot getroffen hätten. Dabei wurden lokalen Berichten zufolge vier Zivilisten getötet und drei schwer verletzt.

Miroschnik betonte, dass in den befreiten Städten Menschenansammlungen potenziell gefährlich seien, da jede Gruppe von Zivilisten von den Streitkräften der Ukraine getroffen werden könne. In diesem Zusammenhang rief er die lokale Bevölkerung auf, äußerst vorsichtig zu sein und ihre Unterkünfte nicht unnötig zu verlassen.



https://www.novorosinform.org/content/images/51/28/45128_720x405.jpg

8:30 de.rt.com: **EU-Kommission friert Vermögen russischer Unternehmer im Wert von 10 Milliarden Euro ein**

Nach Angaben der EU-Kommission haben russische Unternehmer seit Beginn des Krieges in der Ukraine Zugriff auf Luxusjachten, Immobilien und andere Vermögen im Wert von knapp 10 Milliarden Euro verloren. Am 8. April lag der Wert noch bei 6,7 Milliarden, berichtet die Deutsche Presse-Agentur.

Am heutigen Mittwoch will die EU-Kommission einen Gesetzesvorschlag einbringen, der es ermöglichen soll, eingefrorenes "russisches" Geld zu beschlagnahmen, und dieses könne dann für den Wiederaufbau der Ukraine genutzt werden. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte am Dienstag:

"Wir sollten dafür jeden Stein umdrehen – wenn möglich auch russische Vermögenswerte, die wir eingefroren haben."

Der deutsche Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) betonte, er sei zwar offen für eine Debatte darüber, beschlagnahmtes russisches Vermögen für den Wiederaufbau der Ukraine zu nutzen. Man müsse aber zwischen Mitteln des Staates – wie etwa der Zentralbank – und privaten Mitteln unterscheiden. "In unserer Verfassung gibt es Garantien für Privatvermögen", sagte Lindner.

9:00 de.rt.com: **Hohe Terrorwarnstufe im Gebiet Belgorod verlängert**

Der Gouverneur des an die Ukraine grenzenden russischen Gebiets Belgorod Wjatscheslaw Gladkow hat in seinem Telegram-Kanal erklärt, dass die hohe "gelbe" Terrorwarnstufe in der Region um weitere zwei Wochen bis zum 9. Juni verlängert werde.

Der Nachrichtenagentur TASS zufolge begründete Gladkow dies mit der Notwendigkeit, die Sicherheit von Schulabschlussfeiern zu gewährleisten.

Am Dienstag hatten bereits die Gebiete Kursk und Brjansk Erklärungen über die Verlängerung der hohen Terrorwarnstufe abgegeben. Seit der Eskalation des Konflikts in der Ukraine waren sie – wie auch das Gebiet Belgorod – Ziele von ukrainischen Angriffen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628dc2c748fbef30012f2afd.jpg>

9:30 de.rt.com: **EU-Kommission will Verbraucher auf höhere Preise einschwören**

Die Vizepräsidentin der EU-Kommission und Kommissarin für Wettbewerb der Europäischen Union (EU) Margrethe Vestager hat die Bewohner der EU auf dauerhaft hohe Preise als angebliche Folge des Ukraine-Krieges eingeschworen. Ein großer Teil der europäischen Industrie basiere auf "sehr billiger Energie aus Russland", erklärte sie dem Handelsblatt. Die jetzt daraus resultierenden Risiken für "Europa" seien jedoch nicht auf Naivität zurückzuführen, sondern auf Gier, so Vestager. Anstatt solche Abhängigkeiten einfach als Teil des Geschäfts zu akzeptieren, müsse "Europa" stattdessen seinen Handel diversifizieren und

nun höhere Preise in Kauf nehmen. Zahlen müssten für diese Veränderungen letztlich allerdings die Verbraucher, sagte sie.

Die von einigen EU-Staaten teilweise eingeführten staatlichen Preisdeckelungen sieht die amtierende Vize-Präsidentin der EU-Kommission kritisch. Denn der mit dem subventionierten Gas erzeugte Strom würde nach Meinung von Vestager dann lediglich in die Nachbarländer abfließen.

Angesichts der steigenden Gaspreise zeigte sich Vestager dennoch vorsichtig optimistisch. Wenn es gelinge, dass die (EU-)Europäer gemeinsam verflüssigtes Erdgas einkaufen, könne das diese Preise stabilisieren und sogar senken, stellte sie in Aussicht.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628dccb548fbef1dd323484c.jpg>

10:47 (9:47) novorosinform.org: **Russland bereitet im Donbass drei "Kessel" für die Streitkräfte der Ukraine vor - westliche Analysten**

Der Durchbruch durch die ukrainische Verteidigung in Popasnjaja verschaffte den russischen Truppen einen Vorteil.

Was auf dem Operationsgebiet im Donbass passiert, zeige, dass die Gruppierung der ukrainischen Truppen im Donbass bald in drei separate "Kessel" aufgeteilt werde, beschrieben Analysten des Institute for the Study of War die Perspektive, [berichtet](#) „Politika Strany“.

Die Situation im Donbass konnte sich umkehren, nachdem die Verteidigung der Streitkräfte der Ukraine in Popasnjaja zusammengebrochen war. Die Einkreisung von Kämpfern in den Gebieten Sewerodonezk und Lisitschansk, Awdejewka und Solotoje (nordöstlich von Popasnjaja) könne bald stattfinden.

Eine schwierige Situation entstehe auch in der Gegend von Bachmut (Artjomowsk). Nach dem Rückzug aus Popasnjaja und Swetlodarsk gingen die Streitkräfte der Ukraine in diese besondere Siedlung, um die noch bestehenden Versorgungswege zu schützen.

Was die von westlichen Analysten angekündigte tiefe Einkreisung der (gesamten) Donbass-Gruppierung betrifft, so habe das russische Kommando diese Idee nun aufgegeben, so das Institut.



https://www.novorosinform.org/content/images/51/34/45134_720x405.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 25.5.22 um 10:30 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner 292 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie und 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge der ukrainischen Aggression wurden **4 Zivilisten verletzt**. 15 Wohnhäuser und ein ziviles Infrastrukturobjekt wurde beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern. In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 36 ukrainische Nationalisten, eine Feuerposition eines 120mm-Mörser, 2 Panzer und 4 Lastwagen vernichtet. Ein 122mm-Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“ und 3 Schützenpanzerwagen wurden erbeutet.

9:50 de.rt.com: **Indiens Ex-Außenminister: Russland ist keine Bedrohung für den indopazifischen Raum**

Nach einem vierseitigen Treffen der Staats- und Regierungschefs des sogenannten Quadrilateralen Sicherheitsdialogs in Tokio gab es aufgrund der indischen Position keine gemeinsame Verurteilung Russlands. Darauf wies der indische Ex-Außenminister hin. Indien habe "durchgesetzt", dass in einer gemeinsamen Erklärung mit den USA, Japan und Australien Russland wegen des Konflikts in der Ukraine weder erwähnt noch verurteilt wurde. Darauf wies der ehemalige Außenminister Kanwal Sibal gegenüber RT. Sibal erklärte, dass die Aufmerksamkeit des sogenannten "Quad"-Bündnisses auf den indopazifischen Raum gerichtet bleiben sollte und Neu-Delhi keinen Streit mit Moskau habe.

Die Staats- und Regierungschefs des Quadrilateralen Sicherheitsdialogs gaben am Dienstag nach einem Gipfeltreffen in Tokio eine gemeinsame Erklärung ab. Diese konzentrierte sich im Wesentlichen auf Sicherheitsfragen im Südchinesischen Meer und in Asien im weiteren Sinne. Die Ukraine wurde kurz als "tragischer Konflikt" und "humanitäre Krise" erwähnt, auf die alle vier Staats- und Regierungschefs ihre Antworten erörterten.

Alle vier verwiesen auf die "Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität", verurteilten Moskau jedoch nicht und nannten es nicht einmal beim Namen.

Sibal, ein altgedienter indischer Diplomat, der zwischen 2001 und 2002 Indiens Außenminister war, erklärte am Dienstag gegenüber RT, dass es sich hierbei nicht um ein

Versehen handele. Er stellte fest:

"Russland ist keine Bedrohung für die Stabilität und Sicherheit der Länder im indopazifischen Raum."

"Deshalb wird die Einbeziehung Russlands oder des Ukraine-Konflikts ein Problem sein, denn zumindest Indien wird diese Art der Erweiterung der indopazifischen Agenda nicht akzeptieren."

Da Neu-Delhi Investitionen im Fernen Osten Russlands tätigt und weiterhin russisches Öl kauft, wurden in einer separaten Erklärung des Indo-Pacific Economic Framework – einer von den USA einberufenen Koalition von 13 pazifischen Ländern – am Montag weder die Ukraine noch Russland erwähnt.

In beiden Erklärungen habe Indien "die Einbeziehung der Ukraine oder Russlands im Sinne einer Verurteilung nicht zugelassen", abgesehen von der Erwähnung der humanitären Situation, so Sibal weiter.

Während US-Präsident Joe Biden in einem Bericht des Weißen Hauses über das Treffen des US-Staatschefs mit dem indischen Premierminister Narendra Modi am Dienstag in Tokio den "ungerechtfertigten Krieg Russlands gegen die Ukraine" verurteilte, gab Modi keine derartige Erklärung ab.

Sibal fügte zur bilateralen Erklärung hinzu:

"Indien hat nichts über die Ukraine gesagt, überhaupt nichts."

Mit Blick auf das Kommuniqué der Vierergruppe fügte er hinzu:

"Indiens Standpunkt hat sich durchgesetzt, und wir werden keine Verurteilung Russlands oder irgendeine negative Bezugnahme auf Russland akzeptieren."

Als Gründungsmitglied der Bewegung der Blockfreien Staaten während des Kalten Krieges rüstete Indien sein Militär mit sowjetischen Waffen aus, ohne jemals ein Bündnis mit der UdSSR einzugehen. Einigen Analysten zufolge stammen bis heute 85 Prozent der wichtigsten indischen Waffensysteme aus Russland oder der Sowjetunion, und in militärischen, wirtschaftlichen und politischen Fragen bezeichnen Neu-Delhi und Moskau ihre Beziehungen offiziell immer noch als "besondere und privilegierte strategische Partnerschaft".

Zwar haben die USA Indien neue Waffensysteme angeboten und Biden hat Modi gedrängt, die Käufe von russischem Öl nicht zu erhöhen, doch war das Weiße Haus bisher nicht in der Lage, Neu-Delhi für Sanktionen gegen Moskau oder eine offizielle Verurteilung der russischen Militäroperation in der Ukraine zu gewinnen.

Es stehe "überhaupt nicht zur Debatte", dass Indien Russland sanktioniere, sagte Sibal und fügte hinzu:

"Russland hat uns noch nie in der Geschichte sanktioniert, aber der Westen hat uns jahrelang sanktioniert."

"Indien wird sich an alle vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beschlossenen Sanktionen halten."



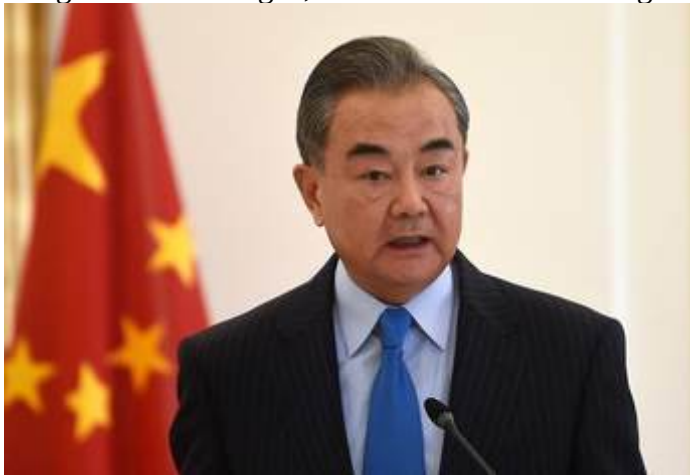
<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628dd822b480cc5f867eb664.jpg>

10:00 de.rt.com: **Chinas Außenminister unterstützt "grünen Korridor" zum Getreideexport aus Russland und der Ukraine**

Der Außenminister Chinas Wang Yi hat während einer Videokonferenz mit seiner deutschen Amtskollegin Annalena Baerbock die Einrichtung eines "grünen Korridors" zum Getreideexport aus Russland und der Ukraine befürwortet. Die Nachrichtenagentur TASS zitierte das Außenministerium der Volksrepublik wie folgt:

"Unter den gegebenen Bedingungen muss die internationale Gemeinschaft einen baldmöglichsten Waffenstillstand unterstützen und zur Einrichtung eines 'grünen Korridors' zum Getreideexport aus Russland und der Ukraine beitragen."

Wang Yi erklärte weiterhin, dass sein Land zu Verhandlungen mit allen interessierten Parteien bereit sei. China könne angesichts internationaler Probleme nicht unbeteiligt bleiben und werde dabei eine verantwortliche Position einnehmen. "Wir werden Länder, die das am dringendsten benötigen, mit Lebensmittellieferungen unterstützen", versicherte der Minister.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628dc9b248fbef353c7322c8.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 25.05.2022**

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

27 Mann;

8 Schützenpanzerwagen;

1 Panzer;

7 Fahrzeuge.

Die Volksmiliz strebt danach, das Leben der ukrainischen Soldaten zu schützen und ruft dazu auf, die Waffen niederzulegen, so setzen die Artillerieeinheiten der Volksmiliz die Maßnahmen fort, **Agitationsflugblätter auf die Positionen der ukrainischen Streitkräfte** abzuschießen.

Der Befreiungsmarsch der Volksmiliz wird fortgesetzt, so haben Einheiten der Volksmiliz **Swetlodarsk, Luganskoje, Mironowskij und Toschkowka befreit.**

Die Militärkommissariate der Republik setzen ihre Arbeit normal fort. Jeden Tag füllen sich die Reihen der Verteidiger des Heimatlandes mit neuen Menschen, die bereit sind, die rechtmäßigen Territorien der Republik zurückzuholen und die Zivilbevölkerung vom Joch der Nationalisten zu befreien. Jeder, der in die Reihen der Volksmiliz der LVR eintreten will, kann sich an das Militärkommissariat wenden und zur Verteidigung der Heimat aufstehen.

10:15 de.rt.com: **Ukrainischer Generalstab meldet Zunahme russischer Luftangriffe und Kämpfe um Städte Liman und Sewerodonezk**

In seinem Morgenbericht vom 25. Mai hat der ukrainische Generalstab einen verstärkten Einsatz der russischen Luftstreitkräfte eingeräumt. Der russische Vorstoß richtete sich hauptsächlich auf die Städte [Liman](#) im Gebiet Donezk und [Sewerodonezk](#) im Gebiet Lugansk, die gegenwärtig umkämpft würden.

Eine weitere, kleinere russische Offensive sei außerdem in Richtung Bachmut im Gebiet der Ortschaften [Kamyschewacha](#), Jakowlewka und Troizkoje unternommen worden. In anderen Regionen habe es nach Angaben des ukrainischen Stabes keine größeren Veränderungen der Lage gegeben.

10:30 de.rt.com: **Habeck ruft Staatengemeinschaft zur Zusammenarbeit bei Nahrungsmittelkrise auf**

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) hat aus Davos die internationale Staatengemeinschaft angesichts der drohenden globalen Nahrungsmittelkrise als angebliche Folge des russischen Krieges gegen die Ukraine zur engeren Zusammenarbeit aufgerufen.

"Wir werden, wenn wir keine andere Lösung finden, im nächsten Jahr einen großen Mangel an der weltweiten Kalorienversorgung haben", erklärte der Grünen-Politiker am Rande des diesjährigen Weltwirtschaftsforums in Davos. Die Nahrungsmittelkrise werde insbesondere die Regionen treffen, die nicht zu den reichsten oder stabilsten gehörten, so Habeck:

"Und wenn wir darauf so antworten, dass jedes Land sich nur um sich selber kümmert, also seine eigenen Vorräte aufstockt, dann wird diese Krise eskalieren."

Weiter sprach sich Habeck für angeblich "globale Kooperationen" und "offene Märkte" im Bereich der Lebensmittelversorgung aus. "Und wir sind natürlich auch gehalten, um unseren eigenen, manchmal etwas überschwänglichen Verbrauch von Lebensmitteln zu reduzieren", sagte er. Statt sich nur noch auf sich selbst zu besinnen – so der Wirtschaftsminister weiter –, müsse eine neue globale Handelsordnung her. Man solle daran festhalten,

"dass wir global miteinander interagieren, das solidarisch tun, fair und gerecht und zum Wohle der Menschen und nicht nur zum Wohle des Gewinns von einigen Unternehmen."

Trotz der sich verschärfenden Hungerkrise, die durch die Blockade des Schwarzmeer-Handels weiter verstärkt werde, sprach sich Habeck in Davos dennoch gegen die Aufnahme von Verhandlungen mit Russland aus. Eine Aufhebung von Sanktionen sei nach Ansicht des Bundeswirtschaftsministers [selbst dann ausgeschlossen](#), wenn dies den Verlust von 100.000 Menschenleben bedeuten würde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628dd39648fbef31a1332dcd.jpg>

12:05 (11:05) [novorosinform.org](#): **Die russischen Streitkräfte zerstörten die Werkstätten**

des Werks Motor Sitsch in Saporoschje mit hochpräzisen Raketen

Der offizielle Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, gab bekannt, dass hochpräzise see- und luftgestützte Raketen der russischen Streitkräfte die Produktionshallen des Werks Motor Sitsch getroffen hätten.

Der Generalmajor sprach darüber während des morgendlichen Briefings des russischen Verteidigungsministeriums, das im offiziellen Telegram-Kanal der Behörde veröffentlicht wurde.

"Hochpräzise Luft- und Seeraketen mit großer Reichweite zerstörten in der Stadt Saporoschje die Produktionswerkstätten des Werks Motor Sitsch, das Flugzeugtriebwerke für die Luftwaffe der ukrainischen Streitkräfte, einschließlich unbemannter Luftfahrzeuge, herstellte", sagte Konaschenkow.

Der Telegram-Kanal "Denazifikazija UA" veröffentlichte ein [Video](#) von einer Kamera aus einer der Räumlichkeiten des Werks "Motor Sitsch", das den Moment der Explosion festhielt.



https://www.novorosinform.org/content/images/51/42/45142_720x405.jpg

11:10 de.rt.com: Melnyk zu Waffenlieferungen: Deutschland soll "endlich eine Führungsrolle spielen"

Der ukrainische Botschafter Andrij Melnyk warf der Bundesregierung angesichts der Lieferverzögerungen bei den von Deutschland zugesagten schweren Waffen für die Ukraine eine absichtliche Verzögerungstaktik vor. "Es ist enttäuschend, dass die zugesagten 15 Gepard-Flakpanzer frühestens Ende Juli und weiteren 15 Geparde erst Ende August geliefert werden können", sagte Melnyk den Zeitungen der Funke Mediengruppe:

"Und das, obwohl jeder Tag zählt, gerade jetzt, wo Russland im Laufe seiner massiven Offensive im Donbass neue Geländegewinne erzielt, weitere Städte verwüstet und ganze Gegenden menschenleer macht. Diese Verzögerungstaktik der Ampel ist daher besonders bitter."

Mit ihrer Weigerung, die versprochenen Kampf- und Schützenpanzer an die ukrainische Armee zu übergeben, widerspreche die Bundesregierung zudem dem historischen Beschluss des Bundestages vom 28. April über die Lieferung von "schweren Waffen und komplexen Systemen", so Melnyk. Dieser sei immerhin mit großer Mehrheit beschlossen worden. Dass die Waffen nicht geliefert würden, sei daher lediglich auf den fehlenden politischen Willen der Bundesregierung zurückzuführen, behauptete er. Dies sei "sehr bedauerlich". Deutschland solle "endlich eine Führungsrolle spielen", forderte Melnyk.

"Die Bundesrepublik ist in der Lage, mindestens 100 Marder von der Industrie und über 30 Marder aus dem Bundeswehr-Bestand zügig zu liefern sowie 88 Leopard-1-Kampfpanzer. Wir appellieren erneut an den Bundeskanzler, grünes Licht für diese überlebenswichtige Lieferung endlich zu geben."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628dda2eb480cc42f42fde57.jpg>

11:30 de.rt.com: Russisches Verteidigungsministerium: Hafen von Mariupol kehrt zum normalen Betrieb zurück

Der offizielle Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums Generalmajor Igor Konaschenkow sagte am Mittwoch in seinem täglichen Briefing, dass der Hafen der Stadt Mariupol seinen normalen Betrieb wiederaufgenommen habe. Die Minenräumung des Hafens sei abgeschlossen.

Für den heutigen Mittwoch sei zudem ein humanitärer Korridor vom Hafen Mariupol für ausländische Schiffe geplant.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Zum Stand am 25. Mai 2022 hat die Truppengruppierung der DVR und der LVR mit Feuerunterstützung der Streitkräfte der RF au dem Territorium der Donezker Volksrepublik **219 Ortschaften, einschließlich Luganskoje (Bezirk Arjomowsk) und Swetlodarsk, befreit** und die vollständige Kontrolle über sie hergestellt.

11:45 de.rt.com: Selenskij nennt seine Bedingungen für Wiederaufnahme der Verhandlungen – Russlands Außenamt nennt diese "nicht konstruktiv"

Vor einer Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Russland habe die Ukraine vor, die von ihr vor dem 24. Februar kontrollierten Gebiete zurückzuholen, sagte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij in einem Interview mit dem japanischen Fernsehsender NHK.

Zudem zeigte er sich nun erneut bereit, persönlich mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin zu verhandeln, um die Einstellung der Kämpfe in der Ukraine zu besprechen. Dabei betonte er, dass ein Treffen auf dieser Ebene mit jedem Tag zu einer immer schwierigeren Aufgabe werde.

Der stellvertretende Außenminister Russlands Andrei Rudenko bezeichnete die Äußerungen des ukrainischen Präsidenten als "nicht konstruktiv". Die Ukraine habe ab dem ersten Tag der Militäroperation aktiv an Verhandlungen teilgenommen und keine Bedingungen gestellt.

"Wenn sie jetzt diese Bedingungen stellt, lässt uns dies an der Aufrichtigkeit ihres Wunsches, eine friedliche Lösung zu finden, zweifeln", zitiert ihn die Agentur RIA Nowosti.

Rudenko betonte zudem, dass Kiew später selbst beschlossen hätte, sich aus dem begonnenen Verhandlungsprozess zurückzuziehen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628de63048fbef31a1332de1.jpg>

11:52 de.rt.com: **Soros: "Nur schneller Sieg gegen Putin kann unsere Zivilisation retten"**

Der US-Investor und Multimilliardär George Soros sagte am Dienstag auf dem Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos, dass nur ein schneller Sieg über Russland gewährleisten könne, "die offene Gesellschaft und die Zivilisation selbst zu bewahren". Der US-Investor und Multimilliardär George Soros erklärte auf dem Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos einen "schnellen Sieg über Russland" als Voraussetzung, um "die offene Gesellschaft und die Zivilisation selbst zu retten". Wenn es keinen schnellen Sieg der Ukraine gegen Russland geben sollte, werde der kollektive Westen nicht in der Lage sein, den Klimawandel rechtzeitig zu bekämpfen, um die Zivilisation zu retten, so Soros. Außerdem bezeichnete er Russland und China als die größten Bedrohungen für sein Konzept der offenen Gesellschaft.

Die Entsendung russischer Truppen in die Ukraine "könnte der Beginn des Dritten Weltkriegs sein, und unsere Zivilisation wird ihn vielleicht nicht überleben", sagte Soros weiter auf dem WEF. Und selbst wenn die Kämpfe dort aufhörten, werde die Situation "nie wieder so sein wie vorher". Nach Soros' Ansicht fand die "Invasion" inmitten eines Kampfes zwischen "zwei Regierungssystemen statt, die einander diametral entgegengesetzt sind: die offene Gesellschaft und die geschlossene Gesellschaft", wobei die erste vom Westen und die zweite von Russland und China verkörpert werde.

Der 91-jährige Soros erinnerte zudem an die "aufregenden Tage" des Zerfalls der Sowjetunion, eine Zeit, als Soros' Vermögen so weit anstieg, dass er 1987 300 Millionen US-Dollar pro Jahr ausgeben konnte, und seine Stiftungen in Osteuropa erfolgreicher waren, als er es erwartet habe. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 habe sich das Blatt jedoch gewendet. Nun seien "repressive Regime" auf dem Vormarsch und "offene Gesellschaften werden belagert". China und Russland stellten dabei "die größte Bedrohung" dar.

"Klimawandel könnte unumkehrbar werden"

Soros zeigte sich jedoch auch optimistisch, was den weiteren Verlauf des Ukraine-Konflikts betrifft. Die russischen Truppen hätten, so der Milliardär, erwartet, als Befreier begrüßt zu werden und innerhalb von Tagen oder Wochen als Sieger hervorzugehen. Die Ukraine habe sie mit Hilfe der USA und der NATO jedoch "besiegen" können. In der Zwischenzeit, so

Soros weiter, habe der chinesische Staatschef Xi Jinping seine Legitimität durch seine strikte Corona-Politik in Schanghai und anderswo beschädigt.

Doch was ihn wirklich beunruhige, sei, dass der Konflikt in der Ukraine mit der Umweltagenda kollidiere, was bedeute, dass der Klimawandel unumkehrbar werden könne. "Das könnte das Ende unserer Zivilisation sein", erklärte Soros. Und er ergänzte, dass "wir alle unsere Ressourcen mobilisieren müssen, um den Krieg frühzeitig zu beenden". Soros weiter:

"Der beste und vielleicht einzige Weg, unsere Zivilisation zu bewahren, besteht darin, Putin so schnell wie möglich zu besiegen."

Im Gegensatz zu Soros forderte der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger am Montag das WEF auf, in den nächsten zwei Monaten einen Frieden in der Ukraine zu vermitteln, bevor Russland in ein "dauerhaftes Bündnis mit China" getrieben werde, das Europa destabilisieren würde. "Russland ist seit 400 Jahren ein wesentlicher Bestandteil Europas", sagte der 98-jährige Kissinger und warnte diejenigen, die Moskaus "Niederlage" anstreben.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628dea08b480cc2d7f17abae.jpg>

nachmittags:

13:12 (12:12) novorosinform.org: **Litauen schickt 20 Schützenpanzer und 10 Lastwagen in die Ukraine**

Der litauische Verteidigungsminister Arvydas Anusauskas sagte, dass 20 gepanzerte Personentransporter, zehn Lastwagen und zehn Minenräumfahrzeuge für den Transport in die Ukraine vorbereitet werden.

Der Chef des Verteidigungsministeriums der Republik schrieb darüber auf seiner Seite im sozialen Netzwerk.

„Wir bereiten eine neue Hilfslieferung für die Ukraine vor. Zwanzig Schützenpanzer M113, 10 Militärlastwagen und 10 Geländefahrzeuge (für Minenräumungsoperationen – Anm. d. Red.) werden in Kürze geliefert“, schrieb Anusauskas.

Es sei daran erinnert, dass der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu kürzlich sagte, dass die westlichen Länder die Niederlage der ukrainischen Armee fürchten und deshalb dringend die Lieferung tödlicher Waffen an die Ukraine vorbereiten.



[h-tps://www.novorosinform.org/content/images/51/50/45150_720x405.jpg](https://www.novorosinform.org/content/images/51/50/45150_720x405.jpg)

12:15 de.rt.com: **Russlands Verteidigungsministerium gibt Raketenangriff gegen ukrainischen Triebwerkshersteller bekannt**

In seinem jüngsten Pressebericht hat Russlands Verteidigungsministerium angegeben, einen Raketenangriff gegen Produktionshallen des ukrainischen Herstellers "Motor-Sitsch" in der Stadt Saporoschje ausgeführt zu haben. Nach Angaben des Ministeriums seien dort auch Triebwerke für Drohnen und Kampfflugzeuge der ukrainischen Luftstreitkräfte hergestellt worden.

Weitere Raketenangriffe sollen gegen die an der Eisenbahnstation Pokrowskoje des Gebiets Dnjepropetrowsk stationierten Verstärkungen im Donbass sowie gegen drei Kommandozentralen im Umland der Städte Soljedar und Bachmut erfolgt sein. Außerdem seien ein ukrainischer Hubschrauber vom Typ Mi-8 sowie elf Drohnen abgeschossen worden.

12:25 de.rt.com: **Russischer Botschafter: London drängt Kiew auf den Kriegspfad**

Die britische Regierung dränge die in Kiew dazu, den Krieg gegen Russland unbedingt fortzusetzen und keine neue Gesprächsinitiative zu ergreifen, meint Andrei Kelin als Außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter Russlands in Großbritannien. Außerdem versuche man in London, Russlands Diplomatie weltweit zu isolieren.

London treibe Kiew mit militärischer Unterstützung und Waffenlieferungen weiter "auf den Kriegspfad". Darauf verwies der amtierende Botschafter Russlands in Großbritannien Andrei Kelin in einem Interview mit dem Fernsehsender Rossiya 24 am Dienstag. Er sagte wörtlich: "London treibt Kiew mit aller Macht auf den Kriegspfad – das ist wichtig – und lässt nicht zu, dass es sich abwendet, indem es neue Initiativen ergreift. Es gibt ständig Berichte, dass neue Waffen geliefert werden sollen."

Kelin fügte hinzu, dass der britische Premierminister Boris Johnson "jeden zweiten Tag" mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij spreche und ihm dabei offenbar "nicht erlaubt, von diesem Weg abzuweichen".

In der Zwischenzeit versuche London, russische Diplomaten zu "isolieren", um es ihnen zu erschweren, die Position Moskaus international zu vermitteln, auch in Bezug auf den militärischen Konflikt in der Ukraine, fügte Kelin hinzu. Der russische Diplomat hob hervor: "Was die Botschaft betrifft, so gab es bis vor Kurzem niemanden, der unseren Standpunkt zu den aktuellen Ereignissen erklären konnte, da das offizielle London versucht, unsere diplomatische Arbeit vom Rest der Welt zu isolieren, indem es die Kontakte erschwert. Auch die parlamentarischen Beziehungen sind abgebrochen worden. Es ist schwierig, das kann ich Ihnen sagen, aber wir arbeiten daran."

Der Botschafter behauptete auch, dass die Medienlandschaft im Vereinigten Königreich "völlig leergefegt" sei und es nach der Verhängung von Sanktionen gegen Medien wie RT und Sputnik nun unmöglich sei, hier "irgendwelche alternativen Artikel" zu finden.

Seit Beginn der russischen Militäroffensive in der Ukraine wurde Großbritannien zu einem der schärfsten Kritiker Moskaus weltweit und zu einem der Hauptunterstützer Kiews. London ist auch einer der wichtigsten Waffenlieferanten für die Ukraine und hat Hilfen im Wert von mehr als drei Milliarden US-Dollar bereitgestellt, einen Großteil davon in Form von Waffen und anderem militärischen Gerät.

Russische Truppen wurden Ende Februar im Rahmen einer militärischen Sonderoperation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine sowie zum Schutz der Volksrepubliken Donezk und Lugansk und der nationalen Sicherheitsinteressen Russlands in das Nachbarland entsandt. Kiew hat Moskau eine unprovokierte Offensive vorgeworfen.

Die Europäische Union, die USA und andere Länder haben mit beispiellosen Sanktionen reagiert, die sich gegen die russische Wirtschaft und mehrere ausgewählte hochrangige russische Beamte richten. Die militärische Sonderoperation Russlands wurde von der Vollversammlung der Vereinten Nationen mehrheitlich verurteilt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628dea87b480cc27d64117d0.jpg>

12:30 de.rt.com: **Ukraine-Krieg: Orbán verhängt Notstand für Ungarn**

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán hat wegen des Ukraine-Kriegs den Notstand in dem EU-Land ausgerufen. Wie Orbán in einem Video auf Facebook mitteilte, soll der ab Mittwoch um 0 Uhr MESZ geltende Ausnahmezustand das Land vor den wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges in der Ukraine schützen.

Kurz zuvor hat das Parlament in Budapest dazu eine neue verfassungsrechtliche Grundlage geschaffen, die mit der Zweidrittelmehrheit der Fidesz-Partei gebilligt wurde. Demnach kann die Regierung den Notstand nun auch ausrufen, wenn ein Nachbarland von einem bewaffneten Konflikt, einem Krieg oder einer humanitären Katastrophe betroffen ist. Die Ukraine hat eine gemeinsame Grenze mit Ungarn.

Die nun neu geschaffene Rechtsgrundlage legitimiert Orbán, Ungarn per Verordnung zu regieren. Somit wäre es dem ungarischen Präsidenten jetzt gestattet, gegebenenfalls geltende Gesetze aufzuheben und Zwangsmaßnahmen per Dekret zu treffen. Das Parlament hat 15 Tage Zeit, einen solchen Notstand zu bestätigen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628de97ab480cc2da95fb1e3.jpg>

13:39 (12:39) novorosinform.org: **Die Situation der Streitkräfte der Ukraine in der LVR beklagenswert – Marotschko**

Andrej Marotschko, Vertreter der Volksmiliz der LVR, sagte, dass jeden Tag etwa zehn ukrainische Soldaten auf dem Territorium der Republik gefangen genommen würden. Donbass-Verteidiger fordern ukrainische Kämpfer aktiv auf, sich zu ergeben, indem sie offene Funkfrequenzen verwenden, berichtete der Telegram-Kanal „Donbass entscheidet“. „Die Situation der ukrainischen Truppen auf dem Territorium der LVR ist sehr beklagenswert. Wenn sie wirklich ihr Leben retten wollen, dann haben sie nur eine Möglichkeit – sich zu ergeben“, sagte Marotschko.

Außerdem würden die Stellungen der Streitkräfte der Ukraine mit Flugblättern bombardiert, in denen vorgeschlagen wird, die Waffen niederzulegen. Marotschko fügte hinzu, dass jeden Tag mehr als zehn Soldaten der ukrainischen Armee gefangen genommen würden.



https://www.novorosinform.org/content/images/51/52/45152_720x405.jpg

12:45 de.rt.com: **Bei Gas-Embargo gegen Russland: Özdemir erwartet Lieferengpässe und Preissteigerungen bei Lebensmitteln**

Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen) erwartet im Fall einer sogenannten "Gasmangellage" infolge des von der EU angestrebten Gas-Embargos gegen Russland weitere Preissteigerungen sowie Lieferengpässe bei einzelnen Lebensmitteln in Deutschland. Das geht aus der Antwort seines Ministeriums auf eine Kleine Anfrage der

Unionsfraktion hervor, die der Rheinischen Post vorliegt.

"Viele Unternehmen der Agrar- und Ernährungswirtschaft (zum Beispiel Molkereien, Schlachthöfe, Mühlen sowie Bäckereien) sind zwingend auf die Versorgung mit Gas angewiesen, um Lebensmittel beziehungsweise Futtermittel herstellen zu können", informiert das Bundesagrarministerium. "Bei einem Lieferstopp der Erdgaslieferungen aus Russland ist mit weiteren Preissteigerungen sowie Engpässen in der Versorgung bei einzelnen Lebensmitteln zu rechnen. Insgesamt aber sei die Lebensmittelversorgung in Deutschland weiterhin gesichert, heißt es weiter.

Von einem Gaslieferstopp wären laut dem Landwirtschaftsministerium "überwiegend Zierpflanzen- und Gemüsebauunterglasbetriebe betroffen". Dies könne allerdings mit Lieferungen aus anderen EU-Ländern ausgeglichen werden. Preissteigerungen, besonders für dieses Gemüse, seien aber zu erwarten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628de1a748fbef1dd3234859.jpg>

13:00 de.rt.com: **Russisches Außenministerium: Gefangenenaustausch erst nach Gerichtsverfahren gegen ukrainische Militärs möglich**

Russlands stellvertretender Außenminister Andrei Rudenko hat erklärt, dass Verhandlungen über einen Gefangenenaustausch zwischen Moskau und Kiew nur nach vorherigen Gerichtsverfahren gegen gewisse ukrainische Kämpfer, die sich ergeben hatten, möglich seien. Auf die Bitte der Nachrichtenagentur TASS, die diesbezügliche Erklärung der ukrainischen Generalstaatsanwältin Irina Wenediktowa über die Möglichkeit eines Austausches des jüngst in der Ukraine verurteilten russischen Soldaten Wadim Schischimarin zu kommentieren, antwortete Rudenko:

"Wir werden alle Optionen erwägen, nachdem die Gefangenen einem entsprechenden Gerichtsverfahren unterzogen wurden und ein Urteil gefällt sein wird. Danach können weitere Schritte unternommen werden. Bis dahin ist es zu früh, von einem Austausch zu sprechen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628ded29b480cc2e21671dcc.jpg>

14:03 (13:03) novorosinform.org/dan-news.info: **Putin billigte die Vereinfachung der Einbürgerung von Einwohnern der Regionen Cherson und Saporoschje**

Der Erlass zur Vereinfachung des Verfahrens zur Ausstellung russischer Pässe wurde auf dem offiziellen Internetportal für Rechtsinformationen veröffentlicht.

Am Mittwoch, dem 25. Mai, unterzeichnete der russische Präsident Wladimir Putin ein Dekret zur Vereinfachung des Verfahrens zur Erteilung der russischen Staatsbürgerschaft in den Regionen Saporoschje und Cherson. Dies wurde im Telegram-Kanal des Kremls gemeldet. Letztere können jetzt auch die russische Staatsbürgerschaft beantragen, ohne einen DVR- oder LVR-Pass zu haben.

Dieses Dekret ist eine erweiterte Version eines am 24. April 2019 unterzeichneten Dokuments, das es den Einwohnern der LVR und der DVR erleichtert, russische Pässe zu erhalten.

„Wladimir Putin hat ein Dekret über ein vereinfachtes Verfahren zur Verleihung der russischen Staatsbürgerschaft an Einwohner der DVR, LVR sowie der Regionen Saporoschje und Cherson der Ukraine unterzeichnet“, heißt es in einer Erklärung des Pressedienstes des Kremls.



https://www.novorosinform.org/content/images/51/55/45155_720x405.jpg

13:15 de.rt.com: **Ukraine-Krieg: Osteuropäische Länder leiden bereits unter steigenden Nahrungsmittelpreisen**

Von den angeblich infolge des Ukraine-Krieges massiv steigenden Lebensmittelpreisen sind derzeit vor allem Verbraucher in osteuropäischen Staaten betroffen. Wie das Statistische Bundesamt am Mittwoch [mitteilte](#), verzeichnete Litauen die größten Teuerungen. Demnach mussten die Litauer im April 22,1 Prozent mehr für Nahrungsmittel zahlen als noch vor einem Jahr.

In Bulgarien zogen die Preise um 21 Prozent an und in Lettland zahlten die Verbraucher im

Vergleich zum Vorjahr 17,7 Prozent mehr. Auch in Ungarn, Estland, Rumänien und der Slowakei verteuerten sich Lebensmittel mit mehr als 14 Prozent deutlich. Lediglich in Deutschland lag die Teuerungsrate mit 8,5 Prozent unter dem EU-Durchschnitt von 8,9 Prozent. Die EU-weit geringsten Zuwächse verzeichneten demnach Irland mit 3,6 Prozent und Frankreich mit 4,3 Prozent.

13:30 de.rt.com: Ehefrau eines gefangen genommenen "Asow"-Kommandeurs berichtet von dessen Haftbedingungen

Die Ehefrau eines "Asow"-Kommandanten aus dem Metallurgiewerk "Asow-Stahl", der kapituliert hatte, berichtete von dessen Haftbedingungen. Laut der britischen Zeitung The Guardian werde ihr Mann Denis Prokopenko unter zufriedenstellenden Bedingungen festgehalten. Die beiden hatten die Möglichkeit, kurz miteinander zu telefonieren.

"Er sagte, dass alles in Ordnung sei und fragte, wie es mir gehe", sagte Jekaterina Prokopenko und fügte hinzu, dass sie auch "aus anderen Quellen gehört habe, dass die Bedingungen mehr oder weniger zufriedenstellend seien".

Die Soldaten würden mit Essen und Getränken versorgt. Sie wären keinerlei Gewalt ausgesetzt. Wo sich ihr Mann derzeit konkret aufhalte, geht aus dem Bericht nicht hervor.

"Was als nächstes passiert, wissen wir natürlich nicht, aber im Moment gibt es Drittparteien – die UNO und das Rote Kreuz – die die Lage kontrollieren."

Am 20. Mai hatte das russische Verteidigungsministerium berichtet, dass das Gelände des metallurgischen Kombinats Asowstal in Mariupol vollständig befreit worden sei. Insgesamt hätten sich nach Angaben der Behörde dabei 2.439 Kämpfer ergeben.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628dfd46b480cc2e21671de2.jpg>

14:00 de.rt.com: Litauen liefert nach Kiew Kriegsgerät im Wert von weiteren 15,5 Millionen Euro

Litauens Verteidigungsminister Arvydas Anušauskas hat verkündet, dass sein Land eine Lieferung von Militärfahrzeugen an die Ukraine schicken werde. Wie Anušauskas auf [Twitter](#) erklärte, handele es um 20 Schützenpanzer vom Typ M113, zehn Militärlastwagen sowie zehn Geländewagen, die für Minenräumarbeiten geeignet seien.

Angaben von TASS zufolge bezifferte Anušauskas den Gesamtwert der Lieferung auf 15,5 Millionen Euro.

Litauen hatte bereits im Jahr 2014 als erstes NATO-Mitgliedsland Waffenlieferungen an die Ukraine eingeräumt. Der Wert der litauischen Lieferungen an die Ukraine seit Beginn des aktuellen russischen Militäreinsatzes beträgt laut Anušauskas bis jetzt etwa 100 Millionen Euro.

14:15 de.rt.com: **Hadert der Westen mit seinen Sanktionen? Baerbock warnt vor "Kriegsmüdigkeit"**

Die deutsche Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) hat angesichts des andauernden Krieges in der Ukraine vor einer "Kriegsmüdigkeit" in den westlichen Staaten aufgrund der mit dem Krieg einhergehenden Nachteile gewarnt. "Wir haben einen Moment der Fatigue erreicht", erklärte Baerbock am Mittwoch in Kristiansand nach Abschluss der Zusammenkunft des Ostseerats.

Dennoch müssten die Sanktionen gegen Russland und die Hilfen für die Ukraine aufrechterhalten bleiben. Die wachsende Skepsis sei nach Ansicht der Außenministerin mitunter darauf zurückzuführen, dass der Krieg in der Ukraine zu höheren Preisen bei Energie und Nahrungsmitteln führe. Dies sei aber genau die Taktik von Russlands Präsidenten Wladimir Putin, behauptete die Grünen-Politikerin. Daher sei es so wichtig, an der Unterstützung der Ukraine festzuhalten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628e08ac48fbef31ca4197f1.jpg>

14:20 de.rt.com: **Russland will Auslandsschulden in Rubel begleichen**

Nachdem die USA verhinderten, dass Russland seine Auslandsschulden in Dollar begleicht, will Moskau nun stattdessen mit Rubel zahlen. Das russische Finanzministerium betonte, die Schulden begleichen zu wollen.

Der Sprecher der russischen Staatsduma Wjatscheslaw Wolodin hat am Mittwoch erklärt, dass Moskau plane, Auslandsschulden in Rubel zu begleichen. Zuvor hatten die USA Moskau daran gehindert, seine Schulden bei US-amerikanischen Anleihegläubigern zu bedienen. Wolodin fügte hinzu, dass das Land über alle für die Zahlungen erforderlichen Geldmittel verfüge.

"Die USA und die Satelliten, die die Entscheidungen Washingtons unterstützen, sollten sich an den Rubel gewöhnen", sagte Wolodin am Mittwoch auf seinem Telegram-Kanal und nannte die Erfahrung Russlands, das inzwischen Rubelzahlungen für Gaslieferungen verlangt, als Beispiel dafür, wie Abrechnungen funktionieren könnten.

Auch das russische Finanzministerium bestätigte in einer Erklärung, dass Moskau trotz der Verschärfung der externen Beschränkungen weiterhin seinen staatlichen Schuldverpflichtungen nachkommen wird.

"Die Entscheidung des US-Finanzministeriums, die Lizenz nicht zu verlängern, verstößt in erster Linie gegen die Rechte ausländischer Investoren in russische Schuldtitel und untergräbt das Vertrauen in die westliche Finanzinfrastruktur", so das Ministerium. Moskau fügte hinzu,

dass "das Finanzministerium Russlands als verantwortungsbewusster Schuldner seine Bereitschaft bestätigt, weiterhin alle Schuldverpflichtungen zu bedienen und zurückzuzahlen". Am Dienstag kündigte das US-Finanzministerium an, dass es den Sanktionsverzicht, der Russland bisher die Zahlung von Staatsschulden an US-amerikanische Investoren ermöglichte, nicht verlängern werde, was nach offiziellen Angaben zu einem technischen Zahlungsausfall Moskaus führen würde. Der Lizenzverzicht lief am Mittwoch aus. Der russische Finanzminister Anton Siluanow kritisierte die Entscheidung Washingtons scharf und betonte, dass Russland einer "künstlichen Situation" gegenüberstehe, die "von einer unfreundlichen Nation geschaffen wurde". Die derzeitige Situation habe nichts mit jener von 1998 gemein, als Russland nicht genügend Mittel hatte, um seine Schulden zu bezahlen, betonte er und fügte hinzu: "Wir haben das Geld und die Bereitschaft zu zahlen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628e270848fbef31a1332e37.jpg>

14:50 de.rt.com: **EZB sieht Gefahren für Finanzstabilität im Euro-Raum**

Der Krieg in der Ukraine könnte sich nach Angaben der Europäischen Zentralbank (EZB) negativ auf die Finanzstabilität in der Eurozone auswirken. Wie die EZB in ihrem aktuellen Finanzstabilitätsbericht mitteilte, stellen demnach insbesondere die infolge des Ukraine-Kriegs angestiegenen Energie- und Rohstoffpreise eine Gefahr für das Wirtschaftswachstum und die Inflationsentwicklung dar.

Der Krieg in der Ukraine habe laut EZB-Vizepräsident Luis de Guindos nicht nur "unermessliches Leid" verursacht, "er hat auch die Risiken für die Finanzstabilität erhöht, da er sich auf praktisch alle Aspekte der Wirtschaftstätigkeit und die Finanzierungsbedingungen auswirkt."

Vor allem die Preise für Rohstoffe und Energie seien aufgrund des Krieges weiterhin hoch und schwankungsanfällig, heißt es in dem Bericht. Dies habe zu Stress an den entsprechenden Märkten geführt. Insbesondere hier könne es daher zu weiteren Preisanpassungen kommen, sollte sich der Ausblick für das Wirtschaftswachstum weiter eintrüben oder sollte die Inflation höher als erwartet ausfallen.

Laut dem EZB-Bericht bestehen gleich mehrere Gefahren für die Finanzsicherheit im Euroraum. Denn sowohl der unsichere weitere Kriegsverlauf als auch die erwartete Normalisierung der Geldpolitik in entwickelten Volkswirtschaften würden sich demnach negativ auf die europäischen Märkte und Banken auswirken. So hat auch die EZB eine Leitzinsanhebung für den Juli in Aussicht gestellt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628e17f3b480cc2e21671dfb.jpg>
g

15:19 de.rt.com: **Droht Moskau ein künstlicher Zahlungsausfall? US-Sonderregelung für Schuldentilgung abgelaufen**

Am 25. Mai ist die Sonderregelung für Zinszahlungen auf russische Staatsanleihen abgelaufen. Washington bestätigt, die Lizenz nicht verlängert zu haben. Ob die USA damit tatsächlich einen Zahlungsausfall Russlands erzwingen können, ist Experten zufolge jedoch fraglich.

Am Mittwoch gab das Amt zur Kontrolle von Auslandsvermögen (OFAC) des US-Finanzministeriums bekannt, dass es eine vorübergehende Ausnahmeregelung für Russland zur Bedienung seiner Auslandsschulden nach deren Ablauf am 25. Mai um 00:01 Uhr Ortszeit nicht erneuert hat. Eine entsprechende offizielle Mitteilung veröffentlichte die Behörde auf ihrer Webseite.

Der Schritt war allgemein erwartet und in der vergangenen Woche von mehreren US-Medien und Politikern als wahrscheinlich bezeichnet worden. Auch von US-Finanzministerin Janet Yellen, die die Aufhebung der OFAC-Lizenz im Vorfeld nahezu bestätigt hatte. Dennoch heizte die Nachricht die Debatte über einen angeblich drohenden Zahlungsausfall Russlands erneut an.

Moskau scheint den Schritt jedoch vorweggenommen zu haben. Am vergangenen Freitag hatte das Finanzministerium in Moskau gemeldet, zwei ausstehende Eurobonds in Höhe von jeweils 71,25 Millionen US-Dollar und 26,5 Millionen Euro, die in den Jahren 2026 beziehungsweise 2036 fällig werden, vorzeitig getilgt zu haben. Die nächsten Fremdwährungszahlungen stehen am 23. und 24. Juni an.

Mit Stand vom 1. April bezifferte das Finanzministerium die russischen Auslandsschulden auf 57,143 Milliarden US-Dollar. Dabei lässt sich Russland wohl kaum ein zahlungsunfähiges Land nennen. Nach Angaben von Reuters beliefen sich die russischen Einnahmen für Öl- und Gasexporte allein im April auf 28 Milliarden US-Dollar. Die Maßnahme Washingtons zielt somit offensichtlich darauf ab, Moskau in einen technischen Zahlungsausfall zu versetzen, der Russlands Ansehen auf den internationalen Finanzmärkten schaden soll.

Dass Russland über die notwendigen Gelder zur Begleichung seiner Staatsschulden verfügt, bekräftigte kürzlich der stellvertretende Leiter des russischen Sicherheitsrates und Ex-Präsident Dmitri Medwedew. Er sagte:

"Russland ist in der Lage, alle seine Verpflichtungen in jeder beliebigen Währung zurückzuzahlen, solange keine künstlichen Probleme geschaffen werden."

Deswegen könnten die von den USA geschaffenen Hindernisse "den tatsächlichen finanziellen Ruf unseres Landes in keiner Weise beeinträchtigen", betonte Medwedew. Der Politiker fügte hinzu:

"Jeder versteht, dass es sich hier um einen politischen Zahlungsausfall handelt, nicht um einen finanziellen."

Die Nichtverlängerung der Ausnahmeregelung für die Schuldentilgungen Russlands hat zur Folge, dass die in den USA ansässigen Inhaber russischer staatlicher Schuldverschreibungen ab dem 25. Mai eine Einzelgenehmigung einholen müssen, um Zins- oder Tilgungszahlungen auf russische Eurobonds zu erhalten.

Medwedew kritisierte die Versuche der USA, technische Hindernisse für die Bedienung der Fälligkeiten zu schaffen. Investoren in den USA rät er, die Ausfälle bei Gericht als Verzug durch Broker oder höhere Gewalt anzufechten.

Russlands Finanzminister Anton Siluanow hat wiederholt erklärt, Moskau könne vor Gericht beweisen, dass es alles getan habe, um seine Schulden zu begleichen. Ihm zufolge könnten Investoren, die russische Anleihen halten, auch Zahlungen in Rubel entgegennehmen und diese in andere Währungen konvertieren, sobald westliche Regierungen die eingefrorenen russischen Konten freigeben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628df54848fbef32ea48659f.jpg>

15:40 de.rt.com: **Russland streicht obere Altersgrenze für den Abschluss eines Wehrdienstvertrags**

Die russische Staatsduma hat am Mittwoch in dritter Lesung einen Gesetzesentwurf angenommen, der die Aufhebung einer oberen Altersgrenze für den Abschluss eines Wehrdienstvertrages vorsieht. Der Gesetzesentwurf wurde im Anschluss auch vom Föderationsrat bereits genehmigt.

Der entsprechende Gesetzesentwurf war der Staatsduma erst vor wenigen Tagen vorgelegt worden. Einige Abgeordnete argumentierten, dass für den Einsatz hochpräziser Waffen hochqualifizierte Fachkräfte benötigt werden. Erfahrungsgemäß seien es Menschen im Alter zwischen 40 und 45 Jahren.

Bisher durften russische Staatsbürger im Alter ab 18 bis zu 40 Jahren und Ausländer im Alter von 18 bis zu 30 Jahren einen Vertrag mit den russischen Streitkräften abschließen.

In der Neufassung des Dokuments gibt es lediglich noch den Hinweis, dass eine Person, die erstmals einen Vertrag abschließt, im erwerbsfähigen Alter sein muss.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628e07f048fbef30012f2b49.jpg>

16:00 de.rt.com: **Russisches Außenministerium: Fünf ausländische Schiffe verlassen den Hafen von Mariupol**

Die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums, Marija Sacharowa, hat während der wöchentlichen Pressekonferenz in Moskau mitgeteilt, dass fünf ausländische Schiffe den Hafen von Mariupol verlassen konnten. Dies sei das Ergebnis der Minenräumarbeiten durch Angehörige der Schwarzmeerflotte, erklärte sie. Am Vortag hatte die Behörde bekannt gegeben, dass aufgrund der Kampfhandlungen insgesamt 75 ausländische Schiffe aus 17 Staaten in den Häfen von Cherson, Nikolajew, Tschernomorsk, Otschakow, Odessa, Juschny und Mariupol blockiert wurden.

Russlands Verteidigungsministerium hatte bereits heute Morgen angekündigt, dass der Mariupoler Hafen von Minen geräumt sei und zum normalen Betrieb zurückkehre.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628e225948fbef353c73234a.jpg>

16:20 de.rt.com: **LVR: Sewerodonezk fast vollständig eingekesselt**

Die Kräfte der Lugansker Volksmiliz und der russischen Streitkräfte sollen die Stadt Sewerodonezk operativ eingekesselt haben. Andrej Marotschko, ein Offizier der Volksmiliz der Republik, äußerte dies am Mittwoch live in einem Interview mit dem russischen

Fernsehsender Perwyi Kanal:

"Wir haben diese Siedlung von drei Seiten dicht umzingelt. Die Bewegung von Sewerodonezk erfolgt nur über eine einzige Brücke, die ebenfalls unter unserer Feuerkontrolle steht. Daher können wir im Moment sagen, dass die Stadt Sewerodonezk operativ eingekesselt ist."

16:40 de.rt.com: **Bericht: Wiederaufnahme einer VW-Autoproduktion in Russland unsicher**

Laut einem Bericht des Portals autonews.ru wird Volkswagen seine Autoproduktion in Russland demnächst nicht wieder aufnehmen können. Dies geht aus einem Schreiben von Michael Arndt, dem Leiter der Marke Volkswagen-Pkw (VW), an russische Autohändler hervor. Die Schließung der Werke in Nischni Nowgorod oder Kaluga komme derzeit nicht infrage.

"Aufgrund der insgesamt hohen Unsicherheit können wir kein Datum für die Rückkehr zur normalen Produktion in Russland vorhersagen und keine Produktion für das Jahr 2022 planen", heißt es in der Erklärung. Darüber hinaus schrieb die Geschäftsführung des Unternehmens, dass sich die Wartezeit für Reparaturen verlängern könne. Auch die Verfügbarkeit einiger Ersatzteile sei eingeschränkt.

Am 3. März hatte VW die Einstellung seiner Produktion in Kaluga und Nischni Nowgorod angekündigt. Auch Autolieferungen aus dem Ausland nach Russland wurden gestoppt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628e174e48fbef30012f2b5c.jpg>

17:00 de.rt.com: **Russland warnt IT-Unternehmen vor Entlassungen ukrainischer Mitarbeiter**

Russlands Ministerium für Digitalentwicklung, Fernmeldewesen und Massenkommunikation hat in seinem Telegram-Kanal IT-Unternehmen davor [gewarnt](#), Mitarbeiter aufgrund ihrer ukrainischen Staatsbürgerschaft zu entlassen. Im Fall einer Zuwiderhandlung würden dem Unternehmen die Akkreditierung entzogen und Vergünstigungen gestrichen.

Diskriminierungspraktiken seien nicht hinnehmbar, hieß es weiterhin in der Erklärung.

Am Dienstag hatte das Nachrichtenportal RBC berichtet, dass einige IT-Unternehmen Inhaber ukrainischer Pässe entlassen oder auf niedrigere Stellen versetzen würden, ohne dabei konkrete Namen zu nennen. Das Ministerium für Digitalentwicklung gab an, bisher keine Massenentlassungen von Ukrainern beobachtet zu haben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628e2cd848fbef353c732357.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 25. Mai 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben in Mariupol und Berdjanskoje Basisstationen in Betrieb genommen.

In 20 befreiten Ortschaften wurden Renten und Sozialleistungen ausgezahlt.

Ärzte behandeln in den befreiten Gebieten weiter Bürger. 2770 Patienten wurden qualifiziert medizinisch behandelt.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 7 Hektar Territorium kontrolliert und 564 explosive Objekte entschärft.

Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben 8515 humanitäre Pakete ausgegeben. Nach Dmitorwka wurden 40 Flaschen Flüssiggas geliefert, nach Fjodorowka 24.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Für einen ungehinderten Verkehr auf dem befreiten Territorium der Donezker Volksrepublik müssen Bürger, die in Mariupol leben, sich an das territoriale Organ des Innenministerium (Bezirksabteilung Mangusch, Wolodarskoje, Nowoasowsk), den Passierpunkt Besymennoje oder Mangusch (den ehemaligen Verkehrspolizeiposten) wenden.

Nach der Überprüfung wird eine entsprechende Bescheinigung ausgegeben. Mit dieser Bescheinigung muss man sich an die Militärkommandantur wenden (diese gibt es in jedem der aufgezählten Ortschaften).

Die Kommandantur gibt auf Grundlage der vorgelegten Bescheinigung einen Passierschein aus, der das Recht auf unbehinderten Verkehr sichert.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

18:04 (17:04) novorosinform.org: **Alliierte Truppen begannen mit dem Angriff auf ukrainische Stellungen in der Nähe der Frontlinie Gorlowka**

Soldaten der DVR und der Russischen Föderation haben mit der Befreiung der Siedlung

Nowoluganskoje in der Volksrepublik Donezk begonnen, sagte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko.

Heute, am 25. Mai, befreien alliierte Streitkräfte das Territorium der Siedlung Nowoluganskoje von der Kontrolle ukrainischer Kämpfer. In diesem Zusammenhang forderte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko die Anwohner auf, besondere Sicherheitsvorkehrungen einzuhalten und ihre Häuser während der Intensivierung des Beschusses nicht zu verlassen.

„Die aktive Phase der Kampfhandlungen zur Befreiung von Nowoluganskoje hat begonnen. In diesem Zusammenhang habe ich eine große Bitte an die Bewohner des Dorfes, die Straße zu verlassen und aufgrund der erhöhten Beschussgefahr so weit wie möglich zu Hause zu bleiben“, so der Bürgermeister.

Darüber hinaus teilte der Bürgermeister von Gorlowka den Anwohnern mit, dass er die Bevölkerung über alle Änderungen in zukünftigen Mitteilungen informieren werde. Am Ende seiner Rede versicherte Prichodko dem Volk den Sieg der Alliierten.



https://novorosinform.org/content/images/51/83/45183_720x405.jpg

17:20 de.rt.com: **Russland will Investoren-Schulden weiterhin in Rubel tilgen**

Das russische Finanzministerium hat angekündigt, externe Staatsschulden entgegen des Verbots der USA künftig weiterhin in Rubel zu bezahlen. Die Entscheidung des US-Finanzministeriums, die Erneuerung einer Lizenz für Investoren zu verweigern, um Zahlungen auf russische Staatsschulden zu erhalten, verletze in erster Linie die Rechte ausländischer Investoren an russischen Schuldtiteln und untergrabe das Vertrauen in die westliche Finanzinfrastruktur, hieß es in einer Erklärung des russischen Finanzministeriums, die am Mittwoch veröffentlicht wurde.

"Das Finanzministerium Russlands bestätigt als verantwortungsbewusster Kreditnehmer seine Bereitschaft, alle Schuldenverpflichtungen weiterhin zu bedienen und zurückzuzahlen. In Anbetracht dessen, dass die Weigerung, die angegebene Lizenz zu erneuern, es unmöglich macht, die staatlichen Auslandsschulden in US-Dollar weiter zu bedienen, erfolgen sämtliche Zahlungen in Rubel", so das Ministerium.

Nach Meinung des russischen Finanzministeriums verletze die Entscheidung des US-Finanzministeriums, die Erneuerung einer Lizenz für Investoren zu verweigern, um Zahlungen auf russische Staatsschulden zu erhalten, in erster Linie vor allem die Rechte ausländischer Investoren an russischen Schuldtiteln. Zudem untergrabe sie das Vertrauen in die westliche Finanzinfrastruktur, denn die Zahlungsbereitschaft seitens Russlands sei weiterhin vorhanden:

"Diese Situation, künstlich geschaffen von einem unfreundlichen Land, wird die Lebensqualität der Russen nicht beeinträchtigen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628e302e48fbef571948f69f.jpg>

17:40 de.rt.com: **Bundesregierung weist Wortbruch-Vorwürfe Polens zu Ringtausch zurück**

Die Bundesregierung hat die Anschuldigung von Polens Präsident Andrzej Duda, wonach sie bei einer im Rahmen des Ringtauschs versprochenen Lieferung von Panzern an Polen Wortbruch begonnen habe, entschieden zurückgewiesen.

"Die Bundesregierung ist verblüfft", erklärte Regierungssprecher Steffen Hebestreit am Mittwoch in Berlin.

Hintergrund des Streits ist der von der Europäischen Union beschlossene Ringtausch, wonach die osteuropäischen EU- und NATO-Partner ihre Panzer aus sowjetischer oder russischer Bauart an die Ukraine abgeben sollen. Zum Ausgleich sollen sie dafür von Deutschland modernisierte Leopard 2-Panzer erhalten.

Mit Blick auf die Vorwürfe Polens bestätigte Hebestreit zwar, dass die Bundesregierung bezüglich des Ringtauschs derzeit mit mehreren osteuropäischen Staaten verhandele, allerdings sei nicht versprochen worden, etwa Leopard-Panzer 2-A7 der modernsten Bauart zu liefern. Auch die Bundeswehr verfüge nur über wenige Exemplare dieser Version, betonte er. Deshalb habe man etwa mit Tschechien vereinbart, dem Land modernisierte Leopard 2-Panzer als Ersatz für die alten Panzer sowjetischer Bauart zur Verfügung zu stellen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628e370848fbef571948f6b8.jpg>

abends:

18:00 de.rt.com: **Ukrainischer Außenminister Dmitri Kuleba: Lage im Donbass für ukrainische Kämpfer extrem schlecht**

Der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba hat erklärt, dass die Lage im Donbass für die ukrainischen Truppen "extrem schlecht" sei.

Dies teilte Kuleba auf dem Weltwirtschaftsforum "Die Ukraine und die EU: Alle gewinnen" mit:

"Die Situation im Donbass ist extrem schlecht."

Er fügte hinzu, wenn die Ukraine keine Raketenwaffen erhalte, werde sich die Situation "noch verschlimmern".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628e450148fbef1dd3234905.jpg>

18:04 de.rt.com: **Putin: Russische Wirtschaft weiter offen für Zusammenarbeit**

Wladimir Putin hat erklärt, dass die russische Wirtschaft offen bleiben werde, trotz Sanktionen und dem Versuch des Westens, Russland zu isolieren. Russland werde seine Kooperation mit Ländern ausweiten, die an einer für beide Seiten vorteilhaften Kooperation interessiert sind.

Die russische Wirtschaft werde für eine Zusammenarbeit "sicher offen bleiben, auch unter den neuen Bedingungen". Das verkündete der russische Präsident Wladimir Putin am Dienstag und erklärte, dass die Partnerschaften mit aufgeschlossenen Ländern verstärkt würden. Er fügte hinzu:

"Wir werden die Zusammenarbeit mit den Ländern ausbauen, die an einer für beide Seiten vorteilhaften Kooperation interessiert sind."

Putin hob die Bedeutung der Entwicklung einer Zahlungsinfrastruktur unter Verwendung nationaler Währungen, der Schaffung wissenschaftlicher und technologischer Kooperationen und von Kapazitätsverbesserungen bei Logistikketten hervor. Er betonte:

"Das Verhalten einiger Länder, ihr Wunsch, sich von Russland abzuschotten – nicht um Russland abzuschotten, sondern um sich von Russland abzuschotten, sogar zu ihrem eigenen Schaden –, hat gezeigt, wie wichtig es in der modernen Welt ist, die Verkehrsströme zu diversifizieren, die Korridore in Richtung berechenbarer, verantwortungsbewusster Partner zu erweitern."

Der russische Staatschef wies darauf hin, dass sich die russische Wirtschaft an die Veränderungen anpasst, indem sie "Produktions- und Lieferketten umstrukturiert und aktiv neue Beziehungen zu ausländischen Partnern aufbaut".

Er wies die Regierung an, die Entwicklung von Infrastrukturprojekten im Land voranzutreiben und alle bürokratischen Hürden zu beseitigen, die eine Umsetzung verzögern.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628e2d4b48fbef57136f28d2.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 am 25.05.22**

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 200 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **6 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. In der Folge der ukrainischen Aggression **starb ein Zivilist und 8 wurden verletzt**. 4 Wohnhäuser und 4 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weitere Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 39 ukrainische Nationalisten, eine Feuerstellung von 152mm-Artilleriegeschützen 2S3 „Akazija“, 2 Panzer, einen Schützenpanzer und ein Feldlager mit Munition vernichtet. Ein 152mm-Geschütz „Msta-B“ und 2 Schützenpanzer wurden erbeutet.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in den letzten 24 Stunden 3 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung seiner militärischen Pflicht starben und 8 verletzt wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

Gesondert will ich auf das Heldentum der Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten ein Vorbild für zukünftige Generationen sind.

Am 13. März 2022 geriet bei Angriffshandlungen in Mariupol die Einheit von Oberfeldwebel Anton Alexandrowitsch Beloussow unter stürmisches Feuer des Gegners, aber dank der Furchtlosigkeit und den selbstlosen Handlungen von Oberfeldwebel Anton Alexandrowitsch Beloussow, der das Feuer des Gegners auf sich zog, brachte er seine Einheit aus dem Feuer. In der Folge vernichtete die Einheit, die aus dem Feuer gebracht worden war, einen Maschinengewehrpunkt und ein Munitionslager der Neonazis und gewährleistete ein ungehindertes Vordringen unserer Truppen.

19:20 (18:20) novorosinform.org: **Der Westen entledigt sich seines Mülls, indem er Waffen an die Ukraine liefert – Quelle**

Die "Alliierten" schicken Panzer alter Bauart als Hilfe für Kiew, die dem Kampf mit russischer Ausrüstung nicht standhalten können, berichtet der Telegram-Kanal

„Denazifikazija UA“.

Im Internet wurde Filmmaterial verbreitet, das die Zusammensetzung der militärischen Ausrüstung zeigt, die in Richtung Ukraine transportiert wird. Das Filmmaterial zeigte Panzer alten Typs - T-62. Dieses Modell ist nicht mit dynamischem Schutz ausgestattet und kann der Kraft russischer Waffen im Kampf nicht standhalten.

Der Telegram-Kanal „Denazifikazija UA“ stellte fest, dass westliche Länder versuchen, alte Waffen an die Ukraine zu liefern, um sie loszuwerden und gleichzeitig noch zu profitieren: "Die ‚Verbündete‘ im Rahmen der Bewaffnung der Ukraine werden ihren Müll los und werden darüber hinaus noch reich."



https://novorosinform.org/content/images/51/90/45190_720x405.jpg

19:35 (18:35) novorosinform.org: **Russische Truppen kontrollieren den größten Teil der Region Saporoschje - Behörden der Region**

Die Streitkräfte der Russischen Föderation haben über 70 % der Gebiete der Oblast Saporoschje unter ihre Kontrolle gebracht, sagte Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrates der militärisch-zivilen Verwaltung der Region.

Seit dem 25. Mai kontrollieren die russischen Streitkräfte den größten Teil der Region Saporoschje. Dies wurde von Wladimir Rogow, einem Vertreter der militärisch-zivilen Verwaltung der Region, mitgeteilt.

„Mehr als zwei Drittel, also etwa 70 Prozent der Region Saporoschje, wurden befreit“, sagte der Beamte.

Dem fügte er hinzu, dass nur die Stadt Saporoschje und "ein kleiner Teil der landwirtschaftlichen Zone der Region" unter der Kontrolle der Kiewer Behörden blieben.



https://novorosinform.org/content/images/51/91/45191_720x405.jpg

19:00 de.rt.com: **New York Times: USA wollen Erfahrungen aus Ukraine-Krieg in Taiwan nutzen**

Die USA haben sich bereit erklärt, Taiwan im Fall eines bewaffneten Konflikts mit China militärisch beizustehen. Laut einem Bericht der US-Zeitung New York Times könnte sich Washington dabei auf die Lehren stützen, die es zurzeit aus der Militärhilfe für die Ukraine zieht.

Zurzeit versuchen die USA, Taiwans Verteidigungssysteme im Lichte ihrer Erfahrungen aus der Militärhilfe für die Ukraine umzugestalten, die derzeit in einen Konflikt mit Russland verwickelt ist, berichtete die New York Times am Dienstag unter Berufung auf ungenannte US-Beamte. Demnach zielt Washingtons neue Strategie darauf ab, Taiwan mit asymmetrischen Verteidigungsfähigkeiten auszustatten, die es ermöglichen würden, sich gegen eine weitaus mächtigere Macht zu wehren.

Die jüngsten Waffenkäufe, die Taiwan von den USA getätigt hat, sollen laut der Zeitung diesen veränderten Ansatz widerspiegeln. Dazu gehören mobile Raketenplattformen, F-16-Kampffjets und Anti-Schiffs-Raketen, die "besser für die Abwehr einer Invasionsmacht geeignet sind". Gleichzeitig soll Washington Taipeh vom Kauf von Hubschraubern Seahawk MH-60R und Kampfpanzern M1A2 Abrams abgeraten haben.

Die New York Times fragte bei Analysten nach, woraus künftige Käufe bestehen könnten. Laut der Schätzung von James Stavridis, einem pensionierten Vier-Sterne-Admiral und ehemaligen Dekan der Fletcher School of Law and Diplomacy an der Tufts University in Massachusetts, wären darunter wahrscheinlich "kluge" Minen, Anti-Schiffs-Marschflugkörper, Cybersicherheit-Fähigkeiten und Spezialkräfte, die chinesische Voraustrupps neutralisieren können, sowie Luftabwehrsysteme zu finden.

US-Beamte betrachten auch mobile landgestützte Harpoon-Schiffsabwehrraketen und Stinger-Luftabwehrraketen als entscheidend für die Verteidigung des Inselstaates. Dem Papier zufolge könnten die USA auch nachrichtendienstliche Erkenntnisse mit dem taiwanesischen Militär austauschen, um im Falle eines Konflikts effektiver agieren zu können, wie es derzeit in der Ukraine der Fall ist. Die NYT schreibt:

"Das Ziel ist es, Taiwan in das zu verwandeln, was einige Beamte als 'Stachelschwein' bezeichnen – ein Territorium, das mit Waffen und anderen Formen der US-geführten Unterstützung vollgestopft ist und zu schmerzhaft für einen Angriff erscheint."

Die Rüstungsimporte aus den USA haben in den letzten zehn Jahren drastisch zugenommen, so die Zeitung. Seit 2010 haben die USA laut einem Pentagon-Bericht aus dem Jahr 2021 Waffenverkäufe im Wert von über 23 Milliarden US-Dollar an den Inselstaat angekündigt. Im Jahr 2020 genehmigten die USA Waffengeschäfte mit Taiwan im Gesamtwert von mehr als fünf Milliarden US-Dollar. Die Verkäufe umfassten moderne Drohnen, Langstreckenraketen und Artillerie sowie Schiffsabwehrraketen.

Angesichts der russischen Militäroperation in der Ukraine erwägt Washington laut Berichten auch Wirtschaftssanktionen, die es gegen Peking verhängen könnte, falls es Taiwan angreift. Der NYT zufolge erörtern US-Beamte, ob sie diese Maßnahmen wiederholen könnten.

Washington hüte sich jedoch davor, mit seiner Unterstützung zu weit zu gehen, so Beamte und Analysten gegenüber der NYT. Bonnie Glaser, die Leiterin des Asien-Programms der US-Stiftung German Marshall Fund, sagte der Zeitung:

"Sind wir uns darüber im Klaren, was China abschreckt und was China provoziert? Die Antwort darauf ist 'nein', und das ist ein gefährliches Terrain."

Bereits die Regierung des früheren Präsidenten Donald Trump soll laut dem Beitrag die Stationierung von US-Truppen in Taiwan erwogen haben, während das Weiße Haus und das Pentagon vorgeschlagen hätten, eine hochrangige Militärdelegation auf die Insel zu schicken. Beide Ideen seien jedoch fallen gelassen worden, weil sie als zu provokativ angesehen worden seien.

Am Montag hat Präsident Joe Biden vor Journalisten erklärt, dass die Vereinigten Staaten im Falle eines chinesischen Angriffs militärisch zur Verteidigung Taiwans mobilisieren würden. Die Frage, ob die USA die Insel mit militärischen Mitteln unterstützen würden, bejahte der Präsident und fügte hinzu, dass Washington eine Verpflichtung habe.

Die Erklärung stieß auf Entsetzen Pekings, das die USA aufforderte, die Entschlossenheit des chinesischen Volkes in Bezug auf Souveränität und territoriale Integrität nicht zu unterschätzen. Das Weiße Haus bemühte sich daraufhin umgehend, Bidens Erklärung abzuschwächen, indem es erklärte, die Taiwan-Politik habe sich nicht geändert, und Washington werde Taiwan weiterhin mit den Waffen beliefern, die es zur Stärkung seiner Verteidigung benötige.

Taiwan hat China wiederholt vorgeworfen, seine Verteidigungszonen mit Flugzeugen und Kriegsschiffen zu verletzen. Peking, das Taiwan als integralen Bestandteil seines Territoriums betrachtet, hat regelmäßig seine militärischen Muskeln in der Nähe der Insel spielen lassen, sie mit großen Flugzeugen überflogen und Militärschiffe entsandt.

Taiwan ist seit 1949 selbst verwaltet, als die Reste der nationalistischen Regierung nach ihrer Niederlage im Bürgerkrieg aus dem Festland geflohen waren, hat aber nie offiziell die Unabhängigkeit von China erklärt. Die USA unterhalten keine formellen diplomatischen Beziehungen zu Taiwan, pflegen aber eine enge militärische Zusammenarbeit mit der Insel – ein Thema, das den Beziehungen zwischen den USA und China seit langem ein Dorn im Auge ist.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628e36d6b480cc2da95fb23a.jpg>

20:00 (19:00) novorosinform.org: **Zepkalo forderte das Kiewer Regime auf, einen Raketenangriff auf die Residenz des belarussischen Präsidenten zu starten**

Kiew habe das Recht, den Unabhängigkeitspalast in Minsk anzugreifen, weil Weißrussland die Sonderoperation unterstütze, glaubt der aus Minsk geflohene Oppositionelle Waleri Zepkalo.

Der ehemalige belarussische Botschafter in den Vereinigten Staaten, Waleri Zepkalo, der des Hochverrats angeklagt ist, glaubt, dass die Kiewer Behörden das Recht haben, Minsk wegen der Unterstützung der Sonderoperation in der Ukraine mit einem Raketenangriff auf die Residenz von Alexander Lukaschenko zur Verantwortung zu ziehen.

„Die ukrainische Regierung sollte mit der gleichen Münze bezahlen, die die belarussische Regierung heute an die Ukraine zahlt. Deshalb denke ich, dass Kiew jedes Recht hat, zunächst legal den Wohnsitz der Person anzugreifen, die dafür verantwortlich ist. Die Hauptquelle von von der die belarussische Bedrohung der Ukraine ausgeht, befindet sich im Unabhängigkeitspalast in Minsk“, sagte er in einem Interview mit dem ukrainischen Blogger Alexander Rykow.

Auf diese Äußerung entgegnete Zepkalos Gesprächspartner, er sei nicht gegen einen solchen Schritt der ukrainischen Seite, jedoch „halte die politische Führung des Landes diesen Schritt derzeit für unangemessen“.



https://novorosinform.org/content/images/51/92/45192_720x405.jpg

19:00 de.rt.com: **Donezk wieder beschossen: Ein Zivilist getötet, sechs weitere verletzt**

Die ukrainischen Streitkräfte sollen den Stadtteil Kiewski in der Stadt Donezk beschossen haben. Dies gab der Stab der Territorialverteidigung der DVR bekannt und präzisierte, dass eine Person getötet und sechs weitere verletzt worden seien. In diesem Zusammenhang schrieben die Vertreter der Territorialverteidigung auf Telegram:

"Passen Sie auf sich und Ihre Angehörigen auf! Versuchen Sie, Ihr Haus nicht unnötig zu verlassen. Verlassen Sie Ihre Unterkunft während des Beschusses nicht."

Ebenfalls am 25. Mai sei nach Angaben des Bürgermeisters von Donezk, Alexei Kulemsin, ein Kinderheim beschossen worden. Niemand sei verletzt, aber die Verglasung sei beschädigt worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628e5019b480cc7980758c89.jpg>

19:30 de.rt.com: **Korrespondent: Ukraine weigert sich, Leichen der getöteten Kämpfer abzuholen – Russland übernimmt**

Das DVR-Notfallministerium holt die Leichen der toten Asow-Kämpfer aus dem Hüttenwerk Asow-Stahl. Rostislaw Schorochow, Sonderkorrespondent der Nachrichtenagentur Readovka beschreibt die Situation am Ort wie folgt:

"Hier ist ein stechender Leichengeruch wahrnehmbar, der aus mehreren Dutzend Metern Entfernung scharf in die Nase sticht."

Schorochow weist auch darauf hin, dass einige der Toten schon seit mehr als zwei Monaten in

den Kellern liegen:

"Es gibt auch viele nicht identifizierte, bereits vollständig verweste Leichen, die bei diesen Temperaturen, in der Hitze, schon länger liegen."

Rostislaw Schorochow fügte hinzu, dass die ukrainische Seite sich geweigert habe, ihre toten Kämpfer abzuholen und diese Verluste anzuerkennen, was bedeute, dass viele Leichen nicht identifiziert und den Familien nicht übergeben werden konnten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628e5a70b480cc791f36916e.jpg>

20:00 de.rt.com: **DVR: Stadt Krasnyi Liman wird bald befreit**

Mehr als 50 Prozent des Territoriums der Stadt Krasnyi Liman sei bereits unter der Kontrolle der Streitkräfte der Donezker Volksrepublik. Dies verkündete DVR-Chef Denis Puschilin und fügte hinzu, dass es nur noch wenige Tage bis zur Befreiung der Stadt bleiben:

"Derzeit sind bereits mehr als 50 Prozent der Siedlung unter unserer Kontrolle. Unsere Einheiten sind bereits in die Stadt eingedrungen und räumen sie auf, so dass ich denke, dass es nur noch wenige Tage sind, bis Krasnyi Liman als befreite Siedlung betrachtet werden kann."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628e5c7ab480cc778c35c56c.jpg>

21:15 (20:15) novorosinform.org: **Die Ukraine sollte keine Gebiete aufgeben, damit sich der Westen sicher fühlt – Podoljak**

„Prorussische Lobbyisten in Europa fangen an, nach und nach den Kopf zu heben“ und schlagen der Ukraine vor, Gebiete abzutreten, um die westlichen Geschäfte mit der Russischen Föderation wieder aufnehmen zu können, sagte der Berater des Leiters des Präsidialamts der Ukraine.

Michail Podoljak wirft Vertretern europäischer Länder vor versucht zu haben, die Geschäfte mit Russland wieder aufzunehmen, und die Ukraine zu drängen, Gebiete abzugeben. Er

schrieb darüber in seinem Telegram-Kanal.

"Heute bieten uns bestimmte politische Stimmen eine neue Agenda an: einen Waffenstillstand, einen eingefrorenen Konflikt und die Übergabe eines Teils des Territoriums um des Friedens willen. Was können Sie anbieten, um Ihren bequemen Social-Media-Feed vor schlechten Nachrichten zu schützen und das Geschäft mit Russland wieder aufzunehmen?", fragte Podoljak.

Er schrieb auch, dass "pro-russische Lobbyisten in Europa beginnen, den Kopf ein wenig zu heben", um zu versuchen, die Lebensweise der Vorkriegszeit wiederherzustellen, während Kiew gezwungen werde, Kompromissen von Moskau zuzustimmen. Am Ende seiner Botschaft erklärte Podoljak, dass die Ukraine sich weigere, an dieser Diskussion teilzunehmen.



https://novorosinform.org/content/images/51/95/45195_720x405.jpg

20:30 de.rt.com: **Selenskij unterstützt Petition zur Visaregelung für russische Bürger**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat eine Petition zur Visaregelung für russische Staatsbürger unterstützt und Premierminister Denis Schmygal beauftragt, das Thema zu prüfen. Wörtlich hieß es:

"Ich unterstütze die Notwendigkeit, das System zur Kontrolle der Einreise russischer Bürger in die Ukraine zu verstärken. Ein entsprechendes Schreiben wurde an den ukrainischen Premierminister Denis Schmygal mit der Bitte um Klärung der Angelegenheit gesandt." Selenskij fügte hinzu, dass die von den Bürgern aufgeworfene Frage unter den derzeitigen Umständen "wichtig und dringend" sei.

Die Onlinepetition "Schaffung einer Visaregelung für Bürger der Russischen Föderation" war am 11. Februar auf der Webseite des ukrainischen Präsidenten registriert worden. Diese wurde von 26.742 der 25.000 für die Prüfung erforderlichen Bürger unterstützt.



[://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628e6e2db480cc78c2228b61.jpg](https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628e6e2db480cc78c2228b61.jpg)

21:00 de.rt.com: **Nazi-Literatur in Kinderbibliothek in Melitopol aufgefunden**

In einer Kinderbibliothek in der Stadt Melitopol soll Nazi-Literatur entdeckt worden sein. Dies berichtet ein Korrespondent von RIA Nowosti. Die Nachrichtenagentur zeigt die Bücher in einem Video auf Telegram.

Der Leiter der Abteilung für Kultur, Sport und Jugend der Militär- und Zivilverwaltung von Melitopol, Andrei Boiko, teilte Reportern mit, dass in einer verlassenen Kinderbibliothek bei der ersten Inspektion Bücher mit eindeutig pseudohistorischem und nationalistischem Inhalt gefunden worden seien.

Die Leiterin der Kinderbibliothek, Irina Michaltschuk, erklärte, dass die Bibliothek über Bücher verfüge, die nach 2014 herausgegeben wurden. Darin würden die "Helden" des Maidan und der sogenannten "Anti-Terror-Operation" im Donbass beschrieben.

Auch soll Literatur über die Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges aufgetaucht sein, bei dem die Kämpfer der Ukrainischen Aufständischen Armee, die auf dem Gebiet der Ukraine mit Nazideutschland kollaborierten, als Helden dargestellt werden. Darüber hinaus sei in der Bibliothek ein Buch über einen Krieg zwischen Russland und der Ukraine entdeckt worden, den es nie gab. Es trägt den Titel "Der russisch-ukrainische Krieg 2014-2016".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628e75b1b480cc778c35c589.jpg>